Erste Ausgabe.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark.
Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4½ Uhr.

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf.
Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 8. Halle, Dienstag, 11. Januar 1887. 179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 10. Januar Vormittags.)

☞ Zur **Ersten Ausgabe** gehören als **Beilagen die Parlamentsbeilage** (Verhandlungen des Reichstags vom 8.) und der illustrirte Roman von Ottomar Beta **„Im Weltbrande“** S. 37—40.

Die Hallische Zeitung
mit den 5 Beilagen
Illustrirtes Sonntagsblatt, Landwirthschaftliche Mittheilungen, Romanbeilage, Lotterieliste und Parlamentsbeilage
begann mit dem 1. Januar 1887 das **1. Vierteljahr ihres 179. Jahrganges.**

Bestellungen nehmen sämmtliche Postanstalten zum Preise von **M. 3,00** pro Vierteljahr entgegen.

Der schon vor Neujahr erschienene Theil des in Buchform erscheinenden großen illustrirten Romans von Ottomar Beta

„Im Weltbrande“

wird neu hinzutretenden Abonnenten auf Verlangen gratis und franko nachgeliefert.

Expedition der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Halle, 10. Januar.

Politische Mittheilungen.

* **Aus dem Reichstage.** Berlin, 8. Januar. Der Reichstag beendigte in seiner heutigen Sitzung zunächst die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, in welcher nur noch das neue Kapitel „Physikalisch-technische Reichsanstalt“ zur Diskussion stand. Das Ergebniß der längeren, in vielen Beziehungen interessanten Debatte, in der die nationalen Aufgaben dieses Instituts von verschiedenen Rednern betont wurden, war, daß unter Zustimmung des Vertreters der verbündeten Regierungen, Preußischen Bundesbevollmächtigten, Kultusminister Dr. v. Goßler, ein Antrag des Abg. Schrader (deutschfr.) angenommen wurde, dessen wesentlichste Unterscheidung von den Kommissionsbeschlüssen darin besteht, daß auch die Kosten für die Herstellung der (2) wissenschaftlichen Abtheilung dieser Anstalt sofort bewilligt werden. — Es wurde sodann zur Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes übergegangen, in welchem nur die Ausgaben für die Beamten in den Schutzgebieten zu einigen Erörterungen über die Kolonialpolitik führten. Schließlich wurde unter Ablehnung des Antrages des Abg. Kayser (Soz.-Dem.), welcher die sämmtlichen Forderungen auf diesem Gebiete streichen wollte, auch in diesem Punkte die Regierungsvorlage bewilligt. Bei den einmaligen Ausgaben wurde die Position 2 (Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Zentralafrikas und anderer Länder gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen . . 150 000 ℳ) auf Antrag des Abg. Dr. Virchow (deutschfr.) an die Budgetkommission zurückverwiesen, im Uebrigen aber der Etat unverkürzt bewilligt. — Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Etat des Reichsschatzamts.)

* Der Kaiser nahm am Sonnagend Vormittag zunächst den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls entgegen, arbeitete darauf längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinets und empfing Nachmittags 1 Uhr den k. russischen General-Adjutanten Grafen Peter Schouwaloff, welcher aus Petersburg hier eingetroffen ist, um mit seinem Bruder, dem hiesigen k. russischen Botschafter Grafen Paul Schouwaloff gemeinsam die russischen Festtage zu feiern. Am Abend fand bei den Kaiserlichen Majestäten eine kleinere Theegesellschaft statt, an welcher auch der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der Prinz Biron von Curland und einige andere Personen Theil nahmen. — Im Laufe des Vormittags erledigte der erlauchte Monarch am Sonntag zunächst Regierungs-Angelegenheiten, nahm den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher entgegen und empfing Mittags 12 Uhr den Kaiserlichen Botschafter am russischen Hofe General der Infanterie und General-Adjutanten von Schweinitz. Nachmittags unternahm der Kaiser in Begleitung des General-Adjutanten General-Lieutenants Fürsten Anton Radziwill eine Spazierfahrt und nach der Rückkehr von derselben, hatte Seine Majestät der Kaiser eine Konferenz mit dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck.

* **Wie man aus Bamberg meldet, hat der Kaiser die Glückwünsche des dortigen Magistrats mit einem Dankschreiben erwidert, welches die Erwartung ausspricht, die Stadt werde auch fernerhin unerschütterlich an der Treue gegen Kaiser und Reich und an der Ergebenheit für den eigenen Landesfürsten festhalten.**

* Bei der begeisterten Liebe und Verehrung für unseren Kaiser ist Jedermann für Alles, was seine Person betrifft, in tiefstem Herzen interessirt. Beim Lesen der letzten beiden herrlichen Ansprachen des Kaisers dürfte es unsere Leser interessiren, zu wissen, ob sich der Kaiser in Bezug auf solche Ansprachen und Toaste vorher Notizen macht oder sie zu Papier bringt. In den allerwenigsten Fällen findet dies statt. Für den Kaiser ist, wie uns mitgetheilt wird, der Moment maßgebend, und den erfaßt er, ohne oft vorher zu wissen, namentlich bei Tafeltoasten, ob er überhaupt sprechen wird. Darum haben alle Reden des Kaisers das Gepräge des Unmittelbaren und machen auf den Leser auch den tiefen Eindruck, welcher eine Folge des Ursprünglichen ist.

* Ein reizendes Scherzwort unseres Kaisers theilt man dem B. T. mit. Der Monarch hatte der letzten Aufführung der Goethe'schen Iphigenie bis zum Schlusse beigewohnt und sprach einige Tage darauf mit einer hochgestellten Persönlichkeit darüber. Der Arzt habe ihm zwar den langen Aufenthalt im Theater als zu anstrengend verboten, aber es sei für ihn zu interessant gewesen, sagte er und fuhr dann fort: „Die Iphigenie spielte die Schwarz. Früher war sie Sängerin, und ich erinnere mich, wie sie vor Jahren einmal in einem Hofkonzerte zu Karlsruhe ein Duett mit der Bianchi (Weiß) sang. Als ich nun Beiden zuhörte, kam mir der Gedanke: Da stehen ja Deine Landesfarben vor Dir.“

* Die Kaiserin wohnte am Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der Kapelle des Augusta-Hospitals bei und unternahm am Nachmittage ihre regelmäßige Spazierfahrt.

* Fürst und Fürstin Bismarck sind am Sonnabend Abend von Friedrichsruhe in Berlin eingetroffen.

* Ein Vertrauensvotum für die auswärtige Politik des Reichskanzlers. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin am Freitag telegraphirt: „Das Einzreifen des Reichskanzlers in die Debatte am Dienstag gilt als selbstverständlich. Um neue Enthüllungen über den gegenwärtigen Stand unserer auswärtigen Beziehungen wird es sich dabei nicht handeln, wohl aber um die Frage, ob die von dem Fürsten Bismarck nach dem Willen des Kaisers und der Bundesregierungen geleitete auswärtige Politik, in welcher die Militärvorlage ein wichtiges Werkzeug, das Vertrauen des Reichtags der Nation besitzt oder nicht.“

* Kundgebungen zur Militärvorlage. In einem dem Kriegsminister zugegangenen Telegramm aus Hitzacker in der Provinz Hannover war unter anderem gesagt worden: „Kriegsminister, werde hart!“ In der Antwort hierauf soll die Stelle enthalten sein: „Ich bleibe fest und danke für die Bethätigung der vaterländischen Gesinnung.“ — Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Herr Theodor Georgii in Eßlingen, schreibt in der Deutschen Turnzeitung: „Ich denke, wir Turner sind in unserer großen Mehrheit der Meinung, daß unser Kaiser, Bismarck und Moltke besser wissen als Richter und Windthorst, was zum Schutze des Reiches und Vaterlandes nothwendig ist. Im Uebrigen berührt uns der Streit der Parteien nicht! Für uns Turner ist ja die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Krieges nur eine doppelte Mahnung oder Sporn, an der Wehrhaftmachung des Einzelnen und des ganzen Volkes unentwegt weiter zu arbeiten mit allen Kräften und von ganzem Herzen!“ — Besonders in Württemberg ist die Bewegung aller Orten lebhaft. — In Eisleben beschloß gestern (am Sonntag) eine öffentliche Versammlung von 700 Wählern aller Parteien der beiden Mansfelder Kreise nach Ansprachen der Abgeordneten Leuschner und Arendt den Reichstag um sofortige unveränderte Annahme der Militärvorlage zu ersuchen. — Seitens der Opposition auf jeden Fall war der „Post“ zufolge der ganze Richtersche Lärm wieder einmal nichts als „Schwindel“; nach der Freisinnigen Zeitung wird nicht mehr daran gedacht, einen Reichseinkommensteuer-Entwurf vorzulegen.

* Auflösungs-Gerüchte. Man darf als sicher annehmen, daß Fürst Bismarck, wenn er in Berlin weilt, auch an den entscheidenden Verhandlungen über die Militär-Vorlage im Reichstage theilnehmen wird. „Wie ich höre,“ schreibt der „Magd. Ztg.“ ein Berliner Correspondent, „ist man übrigens in maßgebenden Kreisen entschlossen, für den Fall, daß eine Verständigung mit dem Reichstage nicht möglich sein sollte, schon vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags sofort mit der Bildung der Cadres zu beginnen, das heißt das Militärgesetz durchzuführen trotz mangelnder Vereinbarung mit dem Reichstage. Die Neuwahlen würden beschleunigt und dem neuen Reichstage alsbald ein Indemnitätsgesetz unterbreitet werden.“ — Die Möglichkeit einer solchen Maßnahme wird vom B. C. auf Grund der Reichsverfassung bestritten: „Im Reiche existirt ein Recht des Bundesrathes und des Kaisers nicht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.“

* „Es ist vollkommen zweifellos, daß auch bei Neuwahlen, welche durch die Militärfrage veranlaßt würden, eine Mehrheit für eine positive Reichspolitik nur mit Hülfe des gemäßigten Liberalismus zu erlangen ist. Dieser aber wird — dessen sind wir sicher — in der etwa kommenden Krisis vollauf der Verpflichtung sich bewußt sein, die liberalen Grundsätze praktisch zu wahren, welche von der Fortschrittspartei seit zwei Jahrzehnten kompromittirt worden. Darüber kann auch die Regierung nicht im Zweifel sein, und demgemäß nicht über die Nothwendigkeit, wenn sie in einem schweren politischen Entscheidungskampfe auf die ihr darin unentbehrliche Unterstützung der gemäßigten Liberalen rechnen will, von vornherein das Aktionsprogramm danach zu entwerfen.“ Also sagt die Nationalzeitung.

* Der Bericht der Militärkommission des Reichstages ist zur Vertheilung gelangt. Derselbe umfaßt 39 Seiten. Die vertraulichen Mittheilungen des Kriegsministers und seiner Kommissarien fehlen. Es wird nur erwähnt, daß in der Generaldiskussion die politischen und die militärischen Gesichtspunkte betont wurden. Die Vertreter der Militärverwaltung hätten sich auf die militärische Begründung der Vorlage beschränkt, daher habe die Kommission ein Eingehen auf die allgemeine politische Lage vermieden. Die Militärverwaltung habe den Standpunkt eingenommen, daß die Entwickelungsverhältnisse der russischen und französischen Armee eine Erhöhung der Friedenspräsenz- und der Kriegsstärke bedingten. Auch bei der zweiten Lesung hätten die Vertreter der Heeresverwaltung nur die militärische Bedeutung der Vorlage erörtert und es als verhängnißvoll bezeichnet, wollte man die Entscheidung von der vorherigen Lösung der Deckungsfrage abhängig machen. — Im Uebrigen enthält der Bericht wenig, was nicht aus den einzelnen Sitzungen schon ausführlich bekannt gegeben wäre.

* Die Ansiedelungskommission für Posen und Westpreußen hat in den letzten Tagen das 1826 Morgen große Rittergut Wegierki bei Wreschen für den Preis von 384 000 ℳ und das Gut Radlowo im Kreise Mogilno erworben. Das letztere war erst kürzlich von dem Verkäufer, Bankdirektor Herrn von Lyskowski, von seiner eigenen Bank Kwilecki, Potockt u. Co. erworben worden. Die polnische Presse ist natürlich empört über solche Treulosigkeit eines Polen, zumal die Sache der „Rettungsbank“ trotz der angestrengtesten Agitation nicht vorwärts gehen will. In den preußisch-polnischen Landestheilen scheint man überhaupt keine Geneigtheit zu finden, man hält sich daher an das Ausland, wo man besonders die landwirthschaftlichen Vereine für das Unternehmen zu interessiren sucht. So theilt jetzt der „Dzienn. Pozn.“ mit, daß der Krakauer landwirthschaftliche Verein auf Grund eines Beschlusses ein Cirkular an sämmtliche landwirthschaftliche Bezirksvereine Galiziens erlassen habe, in welchem dieselben aufgefordert werden, ihre Mitglieder und überhaupt sämmtliche Landwirthe anzuregen, sich an Beiträgen zur Sammlung eines Fonds zu betheiligen, mit welchem jeder dieser galizischen Vereine als Aktionär der landwirthschaftlichen Bank in Posen beitreten könnte.

* Der japanische Staatsminister, General Comte Saigo, ist, begleitet von den japanischen Offizieren Capitän Shibayama und den Lieutenants Yoshee, Funaki, Harrada, F. Y. Takana und Mastugata ꝛc., gestern über Köln aus England in Berlin angekommen.

* Ueber „das Sinken der Preise unter der Herrschaft der Schutzzollpolitik“ hat der Richtersche „Normalbauer Nr. 2“, der Reichstagsabgeordnete Wilbrandt, eine Broschüre erscheinen lassen, welche von der „Voss. Ztg.“ zum Gegenstande einer längeren Besprechung gemacht wird. Die Broschüre soll natürlich nachweisen, daß der Schutzzoll, besonders die Getreidezölle, einzig und allein an dem Rückgange der Preise schuld seien; leider erfährt man aus dem von der „Voss. Ztg.“ gegebenen Auszuge nicht, ob Herr Wilbrandt wirklich, wie das freisinnige Blatt des Oefteren betont, den Nachweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen geliefert hat. Nur soviel kann man daraus entnehmen, daß die ganze Beweisführung ein circulus vitiosus ist, indem auf der einen Seite dem Schutzzoll nachgesagt wird, er führe indirekt eine Herabminderung der Preise herbei und vernichte sich dadurch selbst, auf der anderen Seite behauptet wird, daß die Faktoren der Preisbildung sich den Intentionen der Zollgesetzgebung entziehen. Das ist wirklich interessant! Und dabei behauptet die Opposition, die Zölle hätten die Lebensmittel vertheuert und sagt, nachdem diese Zölle beseitigt sein würden, könnte sie für eine Erhöhung der Branntweinsteuer stimmen. Kräftiger ist wohl noch nie die Behauptung der Opposition von einem ihrer Anhänger ad absurdum geführt worden.

* Am Mittwoch hat zu Stuttgart die Eröffnung des Testaments der verstorbenen Prinzessin Marie von Württemberg stattgefunden. Als Haupterbe ist Herzog Alexander von Oldenburg zu betrachten; er ist der Sohn des verstorbenen Herzogs Peter von Oldenburg, der ein Halbbruder der Prinzessin war. Der Vater des letzteren, Prinz Georg, war mit Katharina Paulowna, des verstorbenen Kaisers Paul von Rußland Tochter, verheirathet, der nachmaligen Königin von Württemberg, Gemahlin des Königs Wilhelm. Das hinterlassene Vermögen ist ein sehr beträchtliches. Man spricht von 4 bis 5 Millionen. Außerdem sind allerlei Legate ausgesetzt.

* Die schon dementirte Nachricht von einem Pferde-Ausfuhrverbot ist angeblich auf den Umstand zurückzuführen, daß der Reichskanzler sich an die betreffenden Landesregierungen gewandt hat, um Auskunft über etwaige Zunahme der Pferde-Ausfuhr nach dem Auslande zu erlangen. Die Antworten sind theils bejahend, theils verneinend ausgefallen. Weiteres ist dem Vernehmen nach bisher nicht erfolgt.

* Der Geistliche Dr. Kantecki, Chef-Redakteur des Kuryer Poznanski zu Posen, welcher neulich wegen Preßvergehens zu einer viermonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt worden war, ist, gutem Vernehmen nach, zum Poenitenziar an der Gnesener Kathedrale ernannt worden.

* Der Abg. Hobrecht ist an Stelle des aus dem Reichstage ausgeschiedenen Herrn v. Lenz in den Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Reichstages gewählt worden.

Bulgarisches. Der „Daily News“ zufolge hätte die bulgarische Deputation sich mit einer Kandidatur des Herzogs von Leuchtenberg einverstanden erklärt.

Die bulgarischen Delegirten sind am 7. Abends in Paris eingetroffen und sind in nicht offizieller Weise von Flourens empfangen worden. Die Delegirten beabsichtigen auch Goblet, Freycinet, Ferry, Clémenceau und anderen Besuche abzustatten.

Ueber den Empfang der bulgarischen Deputation, welchem der Direktor der politischen Abtheilung im Ministerium des Auswärtigen, Charmes, beiwohnte, meldet die „Agence Havas“:

Grekoff setzte Flourens die näheren Umstände der Bildung der bulgarischen Regierung auseinander, sowie die verschiedenen Phasen, welche sie durchgemacht habe und die gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Regierung verstehe ihre Lage, sowie diejenige Europas vollkommen und werde alle Konzessionen machen, welche mit der Unabhängigkeit Bulgariens verträglich seien, um aus dieser Lage herauszukommen. Sie glaube indessen nicht, daß es möglich sei, die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien anzunehmen, da eine solche nicht die Stabilität und die Freiheit des Landes sichern würde, auf welche dieses ein Recht habe. Flourens erwiderte, er habe die Delegirten nur als Privatpersonen empfangen, da er ihnen in keiner Weise ein regelrechtes Mandat zubilligen könne. Bulgarien habe seine Unabhängigkeit in inneren Angelegenheiten, was aber die internationalen Beziehungen angehe, so habe die Pforte allein das Recht, im Namen Bulgariens zu sprechen. Er bedauere die mißliche Lage Bulgariens, aber er glaube, das beste Mittel, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, wäre, den Wünschen Rußlands, dem Bulgarien seine Existenz verdanke, Rechnung zu tragen und diesem Interesse selbst einige Konzessionen zu machen. Er (Flourens) könne sich über keine Kandidatur aussprechen, das würde im gegenwärtigen Augenblicke verfrüht sein, es sei indessen vielleicht bedauerlich, daß die Regentschaft die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien absolut

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870111-14/fragment/page=0001

zurückweise. übrigens müsse Frankreich, welche Sympathien Bulgarien auch verdienen möge, sich vor allem an das allgemeine Interesse Europas, d. h. den Frieden anschließen, er könne daher nur empfehlen, möglichst schnelle und sichere Mittel zu ergreifen, um zu einer Lösung zu gelangen. — Seitens der Delegirten wurde erwidert, die bulgarische Regierung wünsche ebenfalls den Frieden Europas und deshalb habe sie auf die Kandidatur des Fürsten Alexander verzichtet; aber könne man nicht zwischen dem Fürsten Alexander und dem Fürsten von Mingrelien eine andere Kombination finden? Könnten nicht die bei der Frage nicht interessirten Mächte eine solche ausfindig machen? Flourens entgegnete, keine Macht mit Ausnahme der Pforte könne dies; Frankreich habe bei der Frage keine besondere Rolle zu spielen, es könne nur diejenigen Lösungen begünstigen, welche am meisten geeignet wären, von den Hauptinteressenten angenommen zu werden. Frankreichs einziges Ziel sei die Erhaltung des Friedens.

Wie es heißt, wird sich die Deputation Mittwoch oder Donnerstag nach Rom und von da nach Bukarest und Konstantinopel begeben.

Das Gerücht von der Candidatur des Herzogs von Leuchtenberg ist aufgeflackert und in drei Tagen schon wieder erloschen. Näheres in der 2. Ausgabe.

Oesterreich. Die Budapester Correspondenz brachte einen Alarmartikel über Rüstungen Oesterreichs an der galizischen Grenze. Der „N. Fr. Pr." zufolge ist nun die als bevorstehend angekündigte Verproviantirung der galizischen Militär-Magazine bereits durchgeführt; sie fand statt wegen der fortgesetzten Rüstungen in Russisch-Polen aus Vorsicht oder Nothwehr. Maßgebenden Orts wird jede aggressive Absicht auf das entschiedenste mit dem Hinzufügen bestritten, daß die Beziehungen zu Rußland gegenwärtig weit besser seien, als vor Kurzem.

Rußland. Czar Alexander und Oberst von Villaume. Am Donnerstag trat bei dem Mahl in Gatschina der Kaiser an Herrn von Villaume heran, reichte ihm sehr freundlich die Hand und sagte scherzend, er freue sich, ihn so wohl zu sehen, „nachdem er ihn erschossen habe'. — Wenn's wahr ist.

Großbritannien. Die „Daily News" schreibt im Gegensatz zu der von dem „Standard" gebrachten Meldung, daß Gladstone keine Konzession machen werde, welche im Geringsten die durchgreifenden Reformen seiner Homerule-Vorlage abschwächen könnte.

Spanien. Der Kriegsminister und der Generalkapitän von Madrid ergreifen, wie dem Mont.-Bl. von dort gemeldet wird, energische Maßregeln gegen die revolutionäre Propaganda unter den Garnisonstruppen der Hauptstadt. Es heißt, mehrere Sergeanten der Kavallerie-Garnison in Barcelona seien desertirt, um Prozessen zu entfliehen, die man gegen sie anstrengen wollte. Ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln sind in den Arsenalen von Carthagena, Ferrol und San Fernando getroffen. Die französischen Grenzbehörden haben Befehl erhalten, die Pyrenäenpässe zu überwachen, um den Uebertritt des revolutionären Brigadegenerals Marina zu verhindern. Man glaubt, die in Madrid entwichenen Sergeanten hätten sich nach Portugal geflüchtet.

— Königin Christine von Spanien beabsichtigte vor einigen Tagen, ihren kleinen Sohn photographiren zu lassen, um das Bild des jungen Königs an befreundete Souveräne zu senden. Zu diesem Zwecke, so schreibt man der „W. A. Ztg.", wurde der Hof-Photograph mit seinem Apparate nach dem Schlosse berufen. Der kleine König saß, in prächtige Kleider gehüllt, auf einem Fauteuil vor dem Apparate, an dem der Photograph sich zu schaffen machte. Aber gerade an diesem Tage war Alfonso XIII. in heiterer und fröhlicher Stimmung, lachte fortwährend und machte Bewegungen mit den Händchen und Beinen. Der Photograph schritt nun zu dem gewöhnlichen Hilfsmittel, um die Aufmerksamkeit des Kindes zu fesseln, indem er ihm eine Puppe und ein Vöglein zeigte; allein Alfonso XIII. streckte beide Händchen nach dem Spielzeug aus, als wollte er es erhaschen. Die beiden Dinge wurden nun beseitigt. Aber da änderte sich auch gleich die Stimmung des Königs. Seine Stirne faltete sich und aus den Augen brachen Thränen hervor. Alfonso weinte laut, und alle Versuche, ihn zu beruhigen, blieben erfolglos. Die Königin befahl nun, da alle Aussicht auf Beruhigung des Kindes schwand, die „Sitzung" abzubrechen, und die kleine Majestät wurde von seiner Amme in ihre Appartements zurückgetragen.

Dänemark. Der Verfassungskampf in Dänemark ist jetzt wieder mit erneuter Wuth emporgeflammt. Die zweite Kammer hat sich geweigert, die provisorischen Gesetze, die von ihr als eine Verletzung der Verfassung betrachtet werden, anzuerkennen und damit das Tafelruch zwischen sich und der Regierung zerschnitten. In Folge dessen hat die Letztere wieder ihre Kampfesstellung eingenommen und die Auflösung der Abgeordnetenkammer verfügt. Ein offener Brief des Königs vom gestrigen Tage erklärt darüber Folgendes: Da der Bericht der Finanzkommission keine Hoffnung auf eine Uebereinkunft mit dem gegenwärtigen Folkething übrig lasse, so werde das Folkething aufgelöst, um nach den Neuwahlen dem Reichstage hinlängliche Zeit zu geben, vor Ablauf des Finanzjahres neue Verhandlungen über das Budget vorzunehmen. Die Neuwahlen sind auf den 28. d. anberaumt worden.

Montenegro. Belgrader Nachrichten zufolge erhält, wie man der Post telegrahirt, Montenegro ansehnliche Sendungen von Gewehren aus Rußland. Ein geplanter Einfall montenegrinischer Banden in Serbien durch das Sandschak Novibazar sei nur durch die Wachsamkeit der österreichischen Truppen im Sandschak verhindert worden. Da ein zweiter Putsch befürchtet wird, hat die serbische Regierung Truppen und Verstärkungen an die Grenze geschickt.

Die Krankenversicherung der Arbeiter im Jahre 1885.

Das Novemberheft der statistischen Monatshefte des deutschen Reichs enthält eine vorläufige Mittheilung über die auf Grund eines Bundesrathsbeschlusses angeordneten statistischen Nachweisungen über die Krankenversicherung der Arbeiter im Jahre 1885. Zur Ermittelung derselben waren zwei Formulare ausgestellten, von denen das eine Nachweise über Stand und Bewegung der Mitglieder, sowie über die Krankheitsfälle und Krankheitstage enthält, das andere sich auf die Einnahmen und Ausgaben nach Hauptkategorien und den Vermögensausweis bezieht. Die Bearbeitung der ausgefüllten Formulare, welche bis zum 1. Juni 1886 einzureichen waren, hat zwar wegen des umfangreichen Materials noch nicht abgeschlossen werden können; indeß hat das statistische Amt geglaubt, die Nachweise über die äußere Gestaltung, welche die Krankenversicherung auf Grund des Gesetzes vom 15. Juni 1883 im Reiche erlangt hat, im Voraus zu veröffentlichen; dieselben erstrecken sich auf die Zahl der Kassen, den Bestand, die Bewegung und die Kategorien der Mitglieder.

Hiernach belief sich die Zahl sämmtlicher in den verschiedenen Arten von Krankenkassen versicherter Arbeiter im ganzen Reich am Ende des Jahres 1885 auf 4 294 173 (darunter 778 898 weibliche), die Zahl der Kassen auf 18 776, so daß auf 1 Kasse 228,7 Mitglieder, auf 1000 Einwohner 91,7 Kassenmitglieder kommen.

Hiervon fallen unter die Kategorie der Gemeinde-Krankenversicherung (am Schluß des Jahres 1885) 7024 Kassen mit 586 584 Mitgliedern; Ortskrankenkassen gab es 3693 mit 1 534 888 Mitgliedern, Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen 5473 mit 1 261 200 Mitgliedern, Baukrankenkassen 83 mit 12 115 Mitgliedern, Innungs-Krankenkassen 224 mit 24 879 Mitgliedern, eingeschriebene Hülfskassen, welche dem § 75 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 entsprechen, 1805 mit 730 721 Mitgliedern; auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hülfskassen 474 mit 143 785 Mitgliedern.

In der Gemeinde-Krankenversicherung kommen auf 1 Kasse 83,5 Mitglieder, von den Ortskrankenkassen auf 1 Kasse 415,6, von den Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen 230,4, von den Baukrankenkassen 146,0, von den Innungskrankenkassen 111,1, von den eingeschriebenen Hülfskassen 404,8, von den anderen freien Hülfskassen auf eine 303 3 Mitglieder. — Die eingeschriebenen Hulfskassen sind besonders stark in Schleswig-Holstein (wo es 111 giebt), in Hessen-Nassau (168), im Königreich Sachsen (318), in Hessen (137), in Braunschweig (36), in Sachsen-Altenburg (43), in Reuß j. L. (23), in Lippe (13), in Lübeck (14), in Bremen (44) und in Hamburg (63) verbreitet.

Heer und Marine.

— Deutschland. — S. M. Schiffsjungen-Schulschiff „Nixe", Kommandant Korvetten-Kapitän v. Arnim, ist am 7. Januar c. in St. Thomas eingetroffen.

Die „Staatsbürger Zeitung" bringt in ihrer Nr. 5 vom 7. d. Mts. als Leitartikel „ein Wort für unsere unversorgten invaliden Krieger von 1870/71", dessen wohlgemeinte Auseinandersetzungen volle Zustimmung verdienen und bei allen, die ein Herz haben für unsere 1870/71 an ihrer Gesundheit und in ihrer Erwerbsfähigkeit geschädigten Streiter, lebhaften Anklang finden werden. Nur in einem Punkte dürfte der bereits Artikel mit den vorhandenen Thatsachen sich nicht völlig decken, nämlich bezüglich der in Folge des Allerhöchsten Gnaden-Erlasses vom 22. Juli 1884 für diejenigen Theilnehmer am französischen Kriege, welche die Präklusiv-Frist zur Anmeldung ihrer Versorgungsansprüche (20. Mai 1875) haben verstreichen lassen, bereits wirklich ins Leben getretenen Wohlthaten. Nach den von uns gemachten Wahrnehmungen hat sich bei den auf Grund jenes Erlasses in ungemein großer Anzahl eingegangenen Unterstützungsgesuchen nach so langer Zeit vielleicht bei dem größeren Theile derselben, keineswegs aber „in fast allen Fällen" die Unmöglichkeit herausgestellt, das jetzige Leiden der Bittsteller mit einer während des Krieges 1870/71 erlittenen inneren Dienstbeschädigung in Zusammenhang zu bringen. Es sind uns vielmehr doch recht häufige Fälle zur Kenntniß gelangt, in denen die untersuchenden Militärärzte an der Hand des zur Prüfung der Gesuche sorgfältig herbeigeschafften Beweismaterials 2c. und auf Grund der eigenen Anschauung des zur Zeit vorhandenen Leidens eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit der betreffenden Persönlichkeiten in Folge der Strapazen des letzten Feldzuges für vollkommen erwiesen oder doch wenigstens für wahrscheinlich erklären konnten. Und auch schon letzterer Ausspruch hat in manchen Fällen die Gewährung einer dauernden Unterstützung für den betreffenden Bittsteller zur Folge gehabt. — Die in dem Reichshaushaltsetat pro 1887/88 in Vorschlag gebrachte Erhöhung des Kaiserlichen Dispositionsfonds dürfte gerade dafür sprechen, daß dieser Fonds durch bisher gewährte Unterstützungen der in Rede stehenden Art bereits sehr in Anspruch genommen worden ist und eines Zuschusses bedarf, um die Bewilligung von Unterstützungen in noch größerer Ausdehnung zu ermöglichen.

Der Prinz-Regent von Bayern hat den Generalen der Infanterie von Pape und von Voigts-Rhetz und dem Gouverneur von Metz, General-Lieutenant von Berken, das Großkreuz des Militär-Verdienst-Ordens, dem Direktor des Allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegsministerium, General-Lieutenant von Hänisch, und dem Präsidenten der Artillerie-Prüfungs-Kommission, General-Major Salbach, das Groß-Komthur-Kreuz, dem Kommandanten von Metz, General-Major von Taue und dem Abtheilungschef für das Remontewesen im Kriegsministerium, Oberst Freiherr von Troschke, das Komthur-Kreuz, und weiteren anderen Offizieren der preußischen Armee Ritter-Kreuze desselben Ordens verliehen.

Kolonien und Reisen.

— Der „Times" wird aus Kapstadt vom 7. Januar telegraphirt: „Man hegt Befürchtungen über das Schicksal des Herrn Lüderitz, welcher zuletzt im Oktober an der Mündung des Orange-Flusses auf dem Wege zurück nach Angra-Pequena gesehen wurde. Es sind Leute abgeschickt worden, um den Vermißten zu suchen. (Mont. Bl.)

— Wie aus Suez vom 9. gemeldet wird, ist der Afrikareisende Junker an Bord des Dampfers „Dacca" aus Zanzibar dort eingetroffen.

— Aus München, 8. Januar, schreibt man: Nachdem sich in den letzten Tagen mit 90 Mitgliedern ein Zweigverein des Vereins für deutsche Colonisation gebildet hat, dessen Ehrenvorsitz Prinz Leopold übernommen, wurde heute der bayerische Vereinstag des deutschen Colonialvereins abgehalten. Die Betheiligung war nicht gerade lebhaft. Fürst Hohenlohe-Langenburg hielt eine versöhnliche, mit großem Beifall aufgenommene Rede, welche für die Ausgleichung der Spannung zwischen den verschiedenen Gesellschaften die besten Aussichten eröffnet. Er sagte, dem Reichstag werde der Entwurf eines neuen Gesellschaftsgesetzes zugehen, welches die leichtere Bildung von Colonisationsgesellschaften ermögliche. Bürgermeister Dr. Widemeyer begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt.

Schulwesen.

Am 7. sprach zu Leipzig der Landtagsabgeordnete von Schenkendorf aus Görlitz in der gemeinnützigen Gesellschaft über Erziehung zur praktischen Arbeit in ihrer Bedeutung für die innere Sozialreform und wurde darauf folgende Resolution angenommen: Die Erziehung zur praktischen Arbeit ist ein sehr geeignetes Mittel, von Jugend auf in dem heranwachsenden Menschen zu wecken; sie ist deshalb geeignet, auch ihrerseits dem zerstörenden Einflusse der Zeit erfolgreich entgegenzuwirken. Es empfiehlt sich zunächst die Förderung der Sache auf dem Wege der Freiwilligkeit, damit zuvor das Interesse und das Verständniß in die weitesten Volkskreise eindringe; es erscheint aber nothwendig, daß die staatlichen und die Gemeindebehörden den Bestrebungen besonders auch in der Richtung der Ausbildung von Lehrern förderlich zur Seite stehen.

Die Todten des Jahres 1886.

(12. Fortsetzung.)

7. Maler, Bildhauer, Kupferstecher.

(Schluß.)

Juli 8. Prof. Karl Hoffmann, bek. deutscher Bildhauer Frascati bei Rom. **10.** Alfred Büchel, Bildhauer München. **11.** Henry Kink Brown, namh. Bildhauer. 72 J. New-York. **15.** Cäsar Willich, bek. Maler, 60 J., München. — August La Vigne, österr. Hofbildh., 79 J., Wien. — Carl Cluben, Geschichtsmaler, Düsseldorf. — **20.** Kupferstecher Paul Droebmer, Laahe in Hinterpommern. **22.** Prof. Karl v. Piloty, Direktor der Münchener Kunstakademie, 59 J., München. — **August 18.** Bildhauer Koch, 41 J., Augsburg. — Dr. P. Burnitz, bekannter Landschaftsmaler, 62 J., Frankfurt a. M. **30.** Franz. Lepaule, hervorrag. franz. Historien- u. Landschaftsmaler, 82 J., Paris. — **September 2.** Andr. Grabowski, tücht. polnischer Portraitmaler, Lemberg. — Jules David-Chassagnolle, bekannter Maler, 57 J., Paris. **6.** A. C. W. Thomsen, bekannter Geschichts- und Landschafts-Maler, 73 J., Kopenhagen. **11.** Luigi Bisi, Architekturmaler, 72 J., Mailand. **18.** Professor Ed. von Steinle, namhafter Historienmaler, 76 J., Frankfurt a. M. **23.** Thomas Webster, ber. Genremaler, 86 J., Cranbrock

---

(Nachdruck verboten).

Nils Stockfleth.

(Geboren den 11. Januar 1787, † 1866.)

Von Dr. G. Anders.

Dort, wo die Wogen des Eismeeres die nördlichsten Gebiete Europas bespülen, wo die Küsten mit einer Unmasse kleiner Inseln bekränzt sind und klippenreiche Buchten in's Land tief einschneiden, dort, ungefähr zwischen dem 69. und 71° nördlicher Breite und dem 38 bis 48° östlicher Länge, liegt an der Meeresküste entlang, von Südwest nach Nordost etwa 30—40 Meilen weit sich hinziehend, Finnmarken, die nördlichste Provinz Norwegens.

Ist die Vegetation in Norwegen überhaupt spärlich, so daß das Land ohne Korneinfuhr nicht bestehen kann, so ist sie in Finnmarken äußerst dürftig. Ein Reisender, der Hammerfest, den nördlichsten Handelshafen der alten Welt besucht, berichtete nun zwar, daß unter dem 71. Grade nördlicher Breite noch Gerste gebaut wird und daß auch in dem nördlichsten Norwegen noch entzückend schöne Thäler existirten; er wußte auch zu erzählen von einem Thale, Guldbrandsthal geheißen, das so gesund sei, daß die Menschen dort wunderalt würden, ja, daß im Volke die Sage umlaufe, daß, wenn einer des Lebens müde sei und gerne sterben möchte, er dies Thal verlassen müsse, weil man dort nicht sterben könne. Aber was ist dieser Reiz, der sich hier und da zeigen mag, gegen die Armuth Norwegens, von dessen Boden kaum der fünfzigste Theil bebaut werden kann, und all die unbeschreibliche Pracht und Schönheit der Nordlichter, der Morgen- und Abendröthen vermag doch nicht das Dunkel zu erhellen, das geistiger Weise auch heute noch auf der Bevölkerung Finnmarkens zum guten Theile ruht. Nehmen die Norweger im südlichen Theile des Landes durch ihre Bildung und geistige Kraft eine hervorragende Stellung unter den Europäern ein, so daß, wie ich gehört, jeder, der confirmirt werden will, muß lesen können und jeder, der copulirt werden will, muß confirmirt sein, und daß der, der im 20. Jahre nicht confirmirt ist, gewaltsam dazu angehalten werden kann, das Fehlende nachzuholen, um das Confirmationsziel zu erreichen, um so trauriger sah es in Finnmarken aus. Die Finnen Norwegens, die Urbewohner Finnmarkens, der Race nach dieselben, die in Rußland und Schweden Lappen heißen, können sich auch heute noch nicht mit der Cultur der Norweger vergleichen; im Anfange des vorigen Jahrhunderts lebten sie aber noch in der tiefsten Unwissenheit. Das Christenthum, das ihnen gebracht worden war, hatte wegen der natürlichen Abgeschlossenheit der Finnen und wegen der unzulänglichen Kenntniß ihrer Sprache, nur hier und da tief gezündet, und obwohl sie Christen geworden waren, hielten sie doch noch vielfach an ihren heidnischen Sitten und Gebräuchen fest. Der Branntweinsteufel, den die Norweger ihnen gebracht, wie die höchst eigennützige Behandlung seitens derselben wirkte nur noch mehr zerstörend und verderbend auf ihr inneres Leben.

Da nahm sich zuerst ein frommer Lehrer, Isaac Olsen, ihrer an, dem bald darnach der norwegische Prediger Thomas Westen († 1727) folgte, den man auch den Apostel der Finnen genannt hat. Leider wirkte er nur 5 Jahre unter ihnen, und seine treue Aussaat wäre ganz und gar verloren gegangen, wenn nicht im Juni 1825 Nils Stockfleth sein Apostelamt wieder aufgenommen hätte und der rechte Bahnbrecher des Christenthums und der Cultur unter den Finnen geworden wäre.

Wie der Lebenslauf vieler berühmter Männer, so ist auch Stockfleths Lebenslauf ein an wunderbaren Führungen und Fügungen reicher. Heute, am 11. Januar 1887 feiern wir seinen hundertjährigen Geburtstag. Nils Joachim Christian Stockfleth wurde zu Christiania geboren, wo sein Vater Zuchthausgeistlicher war. 1793 kam er als Stiftsiprobst nach Christiansfund, leider aber starb er schon 1794 daselbst und hinterließ eine Wittwe um drei Knaben in der bittersten Armuth. 1805 starb auch die heißgeliebte Mutter in Copenhagen, wohin die Familie verzogen war, und in derselben Zeit, wo Preußens unvergeßliche Luise aus tiefster Seele das Lied „Wer nie sein Brot mit Thränen aß" betend sprach, da lernte auch Nils, der Theologe, mit seinen beiden Brüdern, die sich der Jurisprudenz befleißigten, des Schicksals Mächte kennen. Als die Tage der Befreiung Europas von dem fränkischen Zwingherrn anbrachen, meldete sich auch Nils zur Armee, er wurde aber übergangen, und um überhaupt sein Leben fristen zu können, trat er bei einem Tischler in die Lehre. Doch nicht lange sollte dies Interimisticum dauern, er kam zum Heere und wurde 1814 mit dem Danebrogorden wegen seiner hervorragenden Tüchtigkeit geschmückt und nach dem Kieler Frieden als Capitain entlassen. Er trat darauf in norwegische Dienste, aber auch da sollte seines Bleibens nicht lange sein. Der Pastor Christie in Sildre suchte einen Hauslehrer; Niels legte die Waffen nieder und unter dem Einflusse eines gläubigen Pfarrhauses erwachte seine Jugendsehnsucht von Neuem. In Christiania absolvirte er seine theologischen Studien, und als Freiwillige für Finnmarken gesucht wurden, erklärte er trotz körperlicher Schwächen sofort seine Bereitwilligkeit dazu, dorthin gehen zu wollen, und der 33jährige Capitän betrat mit seiner ihm nicht lange zuvor angetrauten Gattin am 18. Juni 1825 sein neues Arbeitsfeld.

Aber was war das für ein Arbeitsfeld! Das Pfarramt in Vadsö, in das er eintrat, war ein Riesenamt, denn seine Parochie erstreckte sich über nicht weniger als 36 □Meilen. Sollte er dasselbe nach Pflicht und Gewissen verwalten, so mußte er eigentlich beständig auf Reisen sein, und wer nennt und kennt alle die Gefahren und Schwierigkeiten, die ihm zu Wasser und zu Lande entgegentraten? Bald mußte er einsehen, daß seine schwachen Kräfte einem solchen Riesenamte nicht gewachsen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870111 1-14/fragment/page=0002

(Kent). — Hans Obermayr, begabter Bildhauer, 40 J., München. **30.** Franz Adam, ausgez. Schlachtenmaler, 71 Jahre, München. — **Oktober 10.** Casada del Alisal, einer der hervorragendsten Maler Spaniens, 54 J., Madrid. **23.** Heinr. Stuhlmann, geschaätzter Landschaftsmaler, 82 J., Hamburg. **24.** Joh Dielmann, namhafter Bildhauer, 67 J., Frankfurt a. M. **26.** Karl Bischinger, bek. Thiermaler, 64 J., Liezen. — And. Christ. Laude, gesch. Landschaftsmaler, 77 J., Kopenhagen. **29.** Conrad Ermisch, namhafter Genremaler, 31 J., Dresden. **November 7.** Joseph Metzmer, bek. kärntnerischer Bildhauer, 47 J., Oberdorf bei St. Peter. **13.** George Thomas Doo, bekannter Kupferstecher, 86 J., Sutton. **28.** Joseph Melin, bek. Maler, 75 J., Paris. **29.** Jean Fred. van Deventer, Landschaftsmaler, 64 J., Amsterdam. — **Dezember 1.** Mark Anthony, einer der bedeutendsten Landschaftsmaler, 69 J., Hampstead. **3.** Jos. Georg Meyer von Bremen, bek. Genremaler, 73 J., Berlin. **7.** Hofrath Frisch, hess. Hofmaler, 74 J., Darmstadt.

(Fortsetzung folgt.)

Halle, den 10. Januar.

(Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.)

— Der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen passirte gestern Nachmittag auf der Reise nach Dessau unsern Bahnhof.

— Im vergangenen Jahre sind 21 Konkurse bei hiesigem Gerichte anhängig gewesen.

— Die Reserveoffiziere im diesseitigen Bezirke vereinigten sich am Sonnabend im Hotel „Stadt Hamburg“ zu einem Festmahle.

— Der Klempnermeister Mischke hat in seiner Eigenschaft als Obermeister der hiesigen Klempnerinnung mit Rücksicht darauf, daß er jenes Amt jetzt niedergelegt hat, von der Innung eine silberne Schnupftabaksdose zum Andenken erhalten.

— Herr Fleischermeister Heßler hier hat die 18 Stück fetten Schafe, welche am Sonnabend auf hiesigem Bahnhof, wie wir schon berichteten, den Tod fanden, für nur 200 Mark von der Bahnverwaltung erstanden.

— Die Voigt'schen Eheleute in Trotha begingen gestern das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Ehemann ist 77 und die Ehefrau 72 Jahre alt und Beide erfreuen sich noch der vollen Rüstigkeit.

Bürger-Verein für städtische Interessen.

Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden mit der Mittheilung eröffnet, daß die Revision der Vereinskasse zu Erinnerungen keine Veranlassung gegeben habe und demgemäß die Entlastung des Rendanten erfolgen könne. Dieselbe wurde ertheilt. Es wurde alsdann unter Hinweis auf ein bezügliches Vorgehen des Magistrats von Braunschweig die Frage aufgeworfen, ob es nicht an der Zeit sei, daß auch bei uns aufs Neue die Forderung angeregt werde, das städtische Kehrwesen durch Uebernahme seitens der Stadt zu regeln. Es wurde anerkannt, daß die bestehenden Zustände einer Aenderung dringend bedürfen und zwar besonders auch in der Richtung, daß diese Last nicht blos von einem Theile der Bürgerschaft, sondern von sämmtlichen Bewohnern nach Maßgabe ihrer Steuerkraft getragen werde. Allerdings habe schon vor längerer Zeit der Hausbesitzer-Verein diese Angelegenheit in Form einer Petition an den Magistrat gebracht, auf welche bis jetzt eine Antwort nicht erfolgt sei und wenn hiernach auf eine besondere Geneigtheit der Behörde zur anderweiten Regelung des Kehrwesens nicht zu schließen sei, so könne dies doch keine Veranlassung sein, diese unzweifelhaft wichtige Frage einschlafen zu lassen. Denn die Sache habe auch eine hohe sanitäre Bedeutung insofern, als gegenwärtig die auf der Straße zusammengekehrten Massen nicht sofort aus der Stadt geschafft, sondern innerhalb der Grundstücke aufgehäuft werden, wodurch bei den an sich mißlichen Verhältnissen unserer Senkgruben die infizirenden Stoffe noch erheblich vermehrt würden. Es wurde auf das Verfahren in unserer Nachbarstadt Leipzig hingewiesen, wo den Hausbesitzern nur die Verpflichtung obliege, an gewissen Tagen der Woche den Straßenschmutz zusammenfegen zu lassen, welcher dann durch städtische Fuhrwerke sofort abgefahren werde. Es müsse doch recht wohl angänglich erscheinen, daß ohne zu große Belastung der Bürgerschaft ähnliche Einrichtungen zur Entfernung des Kehricht auch bei uns getroffen werden. Jedenfalls sollte diese Angelegenheit weit mehr, als die Hausflur- und Treppenbeleuchtung, die Aufmerksamkeit der Behörde beschäftigen.

Mit dieser Erklärung wurde der Gegenstand verlassen und zur Besprechung der dem Magistrate wegen dreier Ausgabeposten ertheilten Indemnität übergegangen. Die Angelegenheit habe die Bürgerschaft im hohen Grade überrascht und in weitern Kreisen derselben werde der Stadtverordnetenversammlung wegen ihres Votums in der außerordentlichen Sitzung am 30. December ein Vorwurf gemacht. Man verstehe nicht, wie dieselbe Versammlung, welche kurz zuvor den Anträgen ihrer beiden Commissionen entsprechend, die drei Ausgabeposten verweigert und hiermit ihr so gewichtiges Bewilligungsrecht gewahrt habe, einem inzwischen aus ihrer Mitte hervorgegangen Antrage nachgebend die Indemnität aussprechen konnte, welche nicht einmal vom Magistrate nachgesucht worden sei. Und wenn der Vorsitzende der Versammlung selbst das ganze Gewicht seiner einflußreichen Stellung bei der Begründung jenes Antrags eingesetzt habe, so sei dies doppelt zu bedauern, da diese Motivirung auf den Satz hinauslaufe: „wir haben unser Recht tapfer gewahrt und können es darum fallen lassen:“ dies heiße doch in der That nichts Anderes, als sich selbst den gesetzlichen Boden unter den Füßen wegziehen. Nachdem noch von mehreren Seiten der Mißbilligung über den Indemnitätsbeschluß Ausdruck gegeben worden war und einer der mitanwesenden Stadtverordneten festgestellt hatte, daß dieser Beschluß nur mit 17 gegen 12 Stimmen, also keineswegs mit starker Majorität gefaßt worden sei, wurde beantragt, diese Mißbilligung in folgende Resolution zu fassen:

„Der Bürger-Verein für städtische Interessen beklagt besonders nach den vorhergegangenen Verhandlungen und Entscheidungen den Indemnitätsbeschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 30. December, weil derselbe der Städteordnung, der Grundlage unserer Gemeindeverwaltung, in Wirklichkeit nicht entspricht.“

Diese Resolution fand die einstimmige Annahme der Versammlung.

Hiernach wandte sich die Discussion auf das städtische Gymnasium, wo mancherlei Andeutungen aus den betheiligten Kreisen auf an dieser Anstalt bestehende Mißstände schließen lassen, deren Beseitigung dringend wünschenswerth erscheine. Man war der Ansicht, daß zur Begründung bestimmt formulirter Forderungen an die Behörde zunächst genügende Unterlagen zu beschaffen seien und es wurde der Vorstand ersucht, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen zu setzen. Dagegen sprach man sich schon jetzt mit aller Bestimmtheit dafür aus, daß es den Lehrern des städtischen Gymnasium nicht gestattet werde, Schüler dieser Anstalt in Pension oder Privatunterricht zu nehmen, da dies erfahrungsmäßig zu Consequenzen führe, welche man im Interesse der Schule von ihr fern zu halten suchen müsse.

Endlich gab die vom Magistrate jüngst erlassene Bekanntmachung, die Einrichtung einer gemeinsamen Meldestelle für sämmtliche Ortskrankenkassen der Stadt Halle Veranlassung zu eingehenden Erörterungen, welche von einem mit der Sache vollständig vertrauten Anwesenden gegeben wurden. Der Betreffende konnte diese Einrichtung nur als eine wenig glückliche bezeichnen, da durch dieselbe den Betheiligten nicht im Entferntesten eine geschäftliche Erleichterung, vielmehr eine Erschwerung geschaffen werde und da sowohl der Stadt als auch den Ortskrankenkassen neue Kosten daraus entständen. Wie man höre, solle dies der erste Schritt zu einer Zusammenziehung aller Ortskrankenkassen sein; es sei jedoch sehr unwahrscheinlich, daß eine solche Concentrirung gelingen werde, da begreiflicher Weise finanziell günstig gestellte Kassen zu einer Verschmelzung mit ungünstig situirten wenig geneigt sein dürften. Diese Ansicht wurde von mehreren anwesenden Arbeitgebern vollkommen getheilt und der Wunsch ausgesprochen, es möchte die Stadtverordneten-Versammlung, wenn die Angelegenheit am nächsten Montage an sie herantrete, dieselbe zur Vorberathung in eine Commission verweisen, um die Sache erst einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Stadttheater.

— Allen Mozart-Freunden wird die Nachricht willkommen sein, daß am Dienstag den 11. Januar „Belmonte und Constanze“ oder die „Entführung aus dem Serail“ im hiesigen Stadttheater zur Aufführung gelangt. Diese Oper ist bekanntlich eine der schönsten des Komponisten, aber auch zugleich eine der schwierigsten, weil sie große Ansprüche an die Kehlfertigkeit und den Umfang der Stimmen der Sänger stellt. Aus der Besetzung der Oper ersehen wir, daß sich die Hauptpartien in den besten Händen befinden und gewiß ein genußreicher Abend zu erwarten ist. Frau Charles Hirsch singt die Constanze, Fräulein Werner das Blondchen, Herr Kammersänger Köbke den Belmonte, Herr Uttner den Osmin und Herr Walther Müller den Pedrillo. Seit 40 Jahren ist diese Oper in Halle nicht gegeben worden.

Universitäten und Hochschulen.

— Bern. Prof. Dr. Demme ist unter Beibehaltung seiner Lehrthätigkeit als Vorstand der Poliklinik für Kinderkrankheiten zum ordentlichen Professor der Pharmacologie ernannt worden; letzteres Fach hatte derselbe schon die letzten 2½ Jahre provisorisch bekleidet.

— Wien. Der pensionirte Universitätsprofessor der Mathematik Hofrath Dr. Petzval beging am 7. in vollster Frische des Geistes und Körpers seinen 80. Geburtstag. Deputationen der Universität und der Akademie der Wissenschaften begrüßten den Jubilar.

Todesfälle.

— Zu Amsterdam starb am 7., wie dem B. C. gemeldet wird, der Theaterdirektor Abraham van Lier. Der Verstorbene hat ein Alter von vierundsiebzig Jahren erreicht. Seine Verdienste, ganz besonders um das Emporkommen und Gedeihen der deutschen Kunst in Holland, sind allgemein bekannt. Die Bekanntschaft unserer bedeutendsten Künstler dankt Holland ihm. Der Verstorbene hinterläßt drei Söhne, die schon in letzter Zeit sich mit ihm in die Leitung des Theaters theilten, und die zahlreichen Unternehmungen — drei holländische und eine deutsche Gesellschaft stehen unter ihrer Leitung — sicher im Geiste ihres Vaters fortführen werden.

— In Baden-Baden ist Geh. Rath Prof. Dr. Baumgärtner im Alter von 88 Jahren gestorben. Derselbe, ein Schüler von Gmelin, Chelius und Tiedemann, war von 1824—1862 Direktor der medizinischen Klinik in Freiburg i. Br. und ist auf physiologischem und pathologisch-therapeutischem Gebiete publicistisch thätig gewesen.

— In Bournemouth starb im 56. Lebensjahre der Oberst Sir Francis Bolten. Derselbe war der Erfinder des noch jetzt in der englischen Armee und Marine bestehenden Systems der optischen und elektrischen Telegraphie, weswegen er in den Adelstand erhoben wurde. Im Jahre 1870 gründete er den Verein der Telegraphen-Ingenieure und Elektriker.

— In Berlin ist der Geh. Registrator in der Reichskanzlei Hr. Waldemar von Britzke gestorben.

Kunst, Wissenschaft, Theater.

— Neuentdeckte Alterthümer. Aus Trier wird uns berichtet:

„In der Vorstadt St. Barbara bei Trier wurden Fundamente mehrerer römischer Gebäude entdeckt, in welchen neben mancherlei Unbedeutendem ein frühchristliches Silbermedaillon mit Monogramm und ein reich ornamentirtes Geweih eines Elenhirsches gefunden wurden.

Neben der Kirche von St. Mathias, einer der ältesten Stätten christlichen Cultus diesseits der Alpen, reckte der dortige Pastor eine unterirdische gewölbte Grabkammer auf, welche mit einer unmittelbar daneben befindlichen, schon früher freigelegten Kammer im Allgemeinen übereinstimmt. Es ist ein viereckiger Raum von 5⅓ Meter Länge und nahezu 4 Meter Breite, der mit einem Tonnengewölbe überspannt ist. Auf dem Boden sind noch Reste ehemaliger Marmortäfelung erhalten; links neben dem Eingang stand ein zerstörter Sarg.

Die Ausgrabungsthätigkeit des hiesigen Provinzial-Museums wandte sich der Erforschung einer spätrömischen Befestigung zu, welche in Jünkerath, dem Icovigium der Römer, sich befindet. Die Befestigung bildet ein Fünfzehneck von 140 Meter größtem Durchmesser, in dessen Ecken sich 13 Rundthürme von 9 bis 10 Meter Durchmesser und 2 Thore befinden. Die meisten Thürme sind ganz massiv, nur drei haben eine innere Höhlung. Die Mauer hat eine Breite von 3,70 Meter, das Mauerwerk besteht größtentheils aus Grauwacken-Bruchsteinen der dortigen Gegend. Nur 4 Thürme sind mit Sandsteinquadern eingefaßt und 2, wie vermuthlich auch der zwischen denselben liegende Theil der Mauer, sind mit gewaltigen Sandstein- und Muschelkalkstein-Quadern fundamentirt. Diese Art der Fundamentirung ist ersichtlich gewählt, weil die ursprünglich dort fließende Kyll ein Herabgehen bis auf den gewachsenen Boden nicht gestattete. Von den Quadern war eine Anzahl ursprünglich anderweitig benutzt worden; einige sind mit Grabreliefs, welche zwei Reiter, ein Comptoir, einen Flöte spielenden Satyr, einen Amor und desgl. mehr darstellen, geziert.

Nach der Annahme der Alterthumsforscher fällt die Entstehung der Festung in eine sehr späte Zeit, worauf namentlich auch aus der Form der Befestigung geschlossen wird. Die Befestigung von Jünkerath soll unter allen ähnlichen Bauten das Diocletian'sche System, welches gewaltige Rundthürme mit hohen Mauern verbindet, in der vollendetsten Form darstellen. Die neuesten Funde führen, entgegen einer früheren Annahme, wonach die Befestung lediglich den Zweck der Deckung des Ueberganges der Römerstraße Trier-Cöln durch das Kyllthal gehabt haben sollte, darauf hin, daß der Ort Jünkerath seine Entstehung nicht einer militärischen Anlage zu verdanken hat, sondern vielmehr als eine daselbst befindliche friedliche Niederlassung für Zeiten der Gefahr befestigt worden zu sein scheint. Bestimmteres hierüber werden voraussichtlich die noch im Gange befindlichen Ausgrabungen ergeben, welche sich zunächst auf die genaue Feststellung der Thore und die Untersuchung des im Innern liegenden Gebäudes richten.“

— Emile Zola ist im Begriff, den letzten Band der Familiengeschichte der Rougon-Macquart zu schreiben. Dieser letzte Band soll den Titel „La Terre“ haben und das Leben der französischen Bauern dem Leser vorführen. Der Roman wird nicht in einer Zeitung, sondern sofort als Buch erscheinen.

— Aus Brüssel meldet man der „Voss. Ztg.“, daß die königliche Akademie der Wissenschaften in der Klasse der schönen Künste an Stelle Piloty's Adolf Menzel, und an Stelle Liszt's Anton Rubinstein zu Mitgliedern gewählt hat.

— Die zu Frankfurt a. M. stattgehabte Jahres-Versammlung des Bühnen-Vereins wählte den Generalintendanten der Königlichen Schauspiele, Grafen Hochberg, zu ihrem Präsidenten. Graf Hochberg wird also auch in dem wichtigen Amte der Leitung des Bühnen-Cartelvereins der Nachfolger

---

seien, ja, er kam auch noch zu einer andern Ueberzeugung. Wollte er nämlich Ersprießliches unter den Finnen leisten, so mußte er auch ihre Sprache völlig beherrschen, ja, er mußte, gerade so wie zwei Jahrhunderte zuvor John Elliot, der Apostel der Indianer, gethan, mitten unter den Finnen leben, die großen Kleinigkeiten in ihrer Lebensweise kennen lernen, sie auf ihren Zügen begleiten, kurz und gut, ganz Finne werden. 1828 übernahm er deshalb das Pfarramt in Lebesby, obgleich es ihm kaum nur ein Viertel des Einkommens der Pfarrei Vadsö gewährte, und ihm und seiner Frau, die ihn beständig begleitete, eine Lebensweise aufnöthigte, die sie früher nicht gekannt. Aber um Jesu willen und des Heils der ihm anvertrauten Seelen wegen gewöhnte er und seine Gattin sich auf ihren Wanderungen gar bald an die Lebensart der Finnen, und, abgesehen von so manchem geistlichen Segen, den er einheimsen durfte, hatte er den großen Gewinn, durch den täglichen Umgang die finnische Sprache, in der er gar herrliche Urankläge der Sprachen des Orients entdeckte, von Grund auf kennen zu lernen, und kam er dabei einerseits zu der Ueberzeugung, daß alles, was bisher hinsichtlich der finnischen Sprache geleistet worden, falsch oder verfehlt sei, so drängte sich ihm andererseits die Erkenntniß auf, daß, falls der Finne an der Schriftsprache Freude finden sollte, in der, wie er selbst schreibt, die Kindlichkeit des Kindes, der Ernst des Mannes und die Bildersprache des Orients vereinigt seien, dieselbe auf ein ganz neues Fundament gegründet werden müsse. 1831 reiste er deshalb mit 3 Eingeborenen nach Kopenhagen und Christiania, wußte hier nicht nur die theologische Fakultät, sondern auch die Bibelgesellschaft für seine Arbeiten zu erwärmen und nahm dort Gelegenheit, mit den berühmten Sprachforschern Dr. Sjörgen und Professor Rask zu konferiren. Rask vor Allem war es, der mit Enthusiasmus den Arbeiten Stockfleths folgte, ja, sogar durch sie eine neue Epoche in dem lappischen Schriftreiche prognosticirte. 1833 nach Finnmarken zurückgekehrt, brach er 1836 abermals nach Christiania auf, ohne Ruhe und Rast an dem Werke seines Lebens thätig. Hier ließ er nun in einem von ihm selbst erfundenen Alphabet ein kleines finnisches Wörterbuch und eine finnische Formenlehre, ein ABC-Buch mit einem kurzen Lesebuche, Luthers kleinen Katechismus, eine biblische Geschichte und zuerst die Evangelien nach Matthäus und Marcus, später die ganze Bibel in finnischer Uebersetzung drucken, und der Storthing, jener Norwegen eigenthümliche Volksrath, gewährte bereitwilligst die Mittel zur Vervielfältigung der von ihm edirten resp. übersetzten Bücher.

Zu seiner größten Freude fanden die Finnen immer mehr Geschmack an den ihnen dargereichten Schriften, und nachdem er so das Fundament gelegt, konnte er sich wieder ausschließlich der Predigt und der Seelsorge widmen. Leider aber sollte er aus seiner stillen Arbeit des Friedens noch einmal aufgeschreckt werden.

Von Schweden aus verbreitete sich nach Finnmarken eine Partei von Schwarmgeistern, die sich die „Geistbeseelten“ nannten und mit einer wahrhaft krankhaften Erregung, die fast an Wahnsinn grenzte, nicht nur die menschliche Obrigkeit, sondern auch göttliche Ordnungen gefährdeten. Noch einmal erschien er auf dem Kampfplatze, und die Ruhe seines Wesens und seine außerordentliche Consequenz, an der die rohesten Angriffe seiner Gegner auch gegen seine Person zerschellten, wie überhaupt die Macht seiner ganzen Persönlichkeit, aus der eine so kindlich fröhliche und dankbare Frömmigkeit sprach, vermochten dem entfesselten Sturme finsterer Leidenschaften Einhalt zu gebieten.

Aber dieser Sturm hatte seine Kraft gebrochen. 1853 mußte er sich pensioniren lassen. Gottes Gnade schenkte ihm noch durch 13 Jahre einen ungetrübten, an gar mancher Freude reichen Lebensabend, besonders aber an der Freude reich, daß das Werk, dem er als Apostel der Finnen und als Bahnbrecher der Cultur unter ihnen sein halbes Leben geopfert, rüstig vorwärts schritt.

Mit dem Eliasseufzer: „Es ist genug, Herr!“ ging er am 2. Osterfeiertage 1866 in Christiania heim zu dem Herrn, der auch ihm zu gut des Todes Fesseln brach und unter dessen Kreuze er allzeit Erquickung und Kraft gefunden auf seiner dornenreichen Lebensbahn.

[Nachdruck verboten.]

Hallesches Stadt-Theater.

Montag, den 10. Januar. Beginn 7 Uhr.

65. Abonnements-Vorstellung. (Weiße Karten.)

„Lohengrin“.

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Heinrich der Vogler, deutscher König	Adolf Uttner.
Lohengrin	Georg Unger.
Elsa von Brabant	Julie Will.
Herzog Gottfried, ihr Bruder	M. v. Wolfersdorf.
Friedrich von Telramund, brabantischer Graf	Emil Hettstedt.
Ortrud, seine Gemahlin	Carrie Goldsticker.
Der Heerrufer des Königs	Ernst Wehrle.
Sächsische und Thüringische Grafen und Edle	Adolf Pfeiffer. Carl Friedau. Gustav Schwab.
Brabantische Grafen und Edle	Moritz Hindemann. Walther Müller. Albert Patry. Georg Schaffnit.
Edelknaben	Bertha Junker. Justine Wegener. Auguste Werner. Louise Schaffnit.

Mannen. Frauen. Knechte.

Das Stück spielt in Antwerpen in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts.

Nach dem 1. und 2. Akte größere Pausen.

Repertoire: Dienstag 7½ Uhr: „Die Entführung aus dem Serail“ (roth); Mittwoch 7½ Uhr: „Der schwarze Schleier“ (blau), in Naumburg: „Die weiße Dame“; Donnerstag: „Die Räuber“ (gelb); Freitag: „Walküre“ oder „Der Trompeter von Säkkingen“ (weiß); Sonnabend: „Der Freischütz“ oder „Das Nachtlager zu Granada“; Sonntag Nachm.: „Die weiße Dame“, Abends: „Die Räuber“. — In Vorbereitung: „Der Verschwender“, „Tannhäuser“, „Carmen“, „Gräfin Lambach“, „Der Zigeunerbaron“.

des Herrn v. Hüssen. Zum Vicepräsidenten ist wie bisher General-Intendant v. Perfall, zum Ehrenmitglied der General-Intendant des Wiener Hoftheaters Beizang gewählt. Das Directorium bilden: v. Loen, Kohn-Speyer, Stägemann, Claar und Frey. Wichtige Beschlüsse hinsichtlich der Agenten und eines Preisausschreibens für Lust- und Schauspiel wurden gefaßt.

Personalien.

— Dem Geh. Med.-Rath und Bez.-Physikus Dr. Schultz zu Berlin und dem Geh. Reg.-Rath Plathner zu Warmbrunn, bisher zu Breslau, ist der R. A.-O. 3. m. d. Schl.; dem Kreis-Physikus, San.-Rath Dr. Hellmann zu Siegen, dem Gerichts-Assessor Dr. jur. Frhr. von Beineburg-Lengsfeld zu Berlin und dem Rechn.-Rath Reudel zu Breslau, bisher Militär-Intend.-Sekr. bei der Intendantur d. 11. Div., der R. A.-O. 4; dem Amtsger.-Rath Riez zu Berlin und dem Landger.-Sekr. a. D., Kanzlei-Rath Paehler zu Recklinghausen, früher zu Essen, der K.-O. 3; dem Freischulzen Johann Wanske zu Renkawczyn im Kreise Mogilno, dem Ortsvorst. Johann Müller zu Cierpiewo im Landkr. Bromberg, und dem Gerichtsdiener a. D. Geismann zu Rellinghausen im Kreise Essen, früher zu Essen, das Allg. Ehrenz.; sowie dem Second-Lieut. Pfeiffer im Schles. Pion.-Bat. Nr. 6, dem Ober-Maschinisten-Applikanten Edelmann von der 2. Werft-Div. und dem zur Disposition des Truppentheils beurlaubten Pionier Rohlfs vom Hann. Pionier-Bat. Nr. 10 die Rett.-Med. a. B. verliehen worden.

— Der Amtsrichter Wohlgemuth in Lötzen ist als Landrichter an das Landgericht in Lyck, und der Amtsrichter Boele in Ibbenbüren an das Amtsgericht in Bochum versetzt. Der Notar, Justiz-Rath Engelmann in Königsberg i. Pr. ist in den Beg. des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin, versetzt. Der Rechtsanwalt und Notar Deegen ist in der Rechtsanwaltsliste bei dem Amtsgericht in Tapiau gelöscht und hat das Notariat niedergelegt.

Handwerk, Innungen, Berufsgenossenschaften.

— Am Freitag, dem 28. Januar findet auf Anregung des Vorsitzenden der Müllerei-Berufsgenossenschaft eine Konferenz von Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften statt, in welcher die wichtigsten die Genossenschaften berührenden Fragen, wie Entschädigung, Berufung u. s. w. zur Berathung gelangen sollen.

— Das Reichsversicherungsamt hat die Berufsgenossenschaften von der ihnen im § 40 des Unfallversicherungsgesetzes auferlegten Pflicht, binnen 4 Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres dem Reichsversicherungsamte, den höheren Verwaltungsbehörden sowie jedem Mitgliede ein Verzeichniß der zur Genossenschaft gehörenden Mitglieder mitzutheilen, in Bezug auf das Jahr 1886 befreit.

— Auf Anregung der Sächsischen Textilberufsgenossenschaft waren bekanntlich vor etwa Jahresfrist Vertreter aller deutschen Textilberufsgenossenschaften zu einer Konferenz zusammengetreten, um sich über die Aufstellung eines gemeinsamen Gefahrentarifs zu verständigen. Nach langen Berathungen ist es gelückt, diese Verständigung herbeizuführen; nunmehr hat die Sächsische Textilberufsgenossenschaft den Gedanken angeregt, auch über den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften für alle deutschen Textilberufsgenossenschaften eine Einigung und Verständigung anzubahnen. Voraussichtlich werden infolge dieser dankenswerthen Anregung im Februar d. J. die Delegirten der Textilberufsgenossenschaften in Berlin zu einer Berathung zusammentreten.

— Preisausschreiben der Tischler. Man sehe unter „Stipendien und Preise".

Stipendien und Preise.

— Preis-Ausschreiben der Tischler. Um den Tischlermeistern Gelegenheit zu regem Wettstreit auf dem geistigen Gebiet ihres Faches zu geben, hat die Verlagsfirma der „Allgemeinen Tischler-Zeitung" in Nr. 14 derselben vom 15. Juli v. J. ein Preisausschreiben von 100 Mark ergehen lassen, für die beste Zeichnung zu einem Herren-Schreibtisch mit Aufsatz und zurückgehender Platte beim Oeffnen des Schreibschubkastens. Hierauf sind 24 Zeichnungen eingesandt worden. Die Jury hatte sich am 11. Dez. 1886 zur Besichtigung derselben versammelt. Unter allen diesen Herrn Einsendern zur Konkurrenz befand sich nur ein einziger, Herr Ißmayer (Nürnberg), welcher in seiner Zeichnung eine nicht kostspielige, exakt und geräuschlos funktionirende Mechanik angegeben hatte und auch sonst die gestellten Bedingungen bis auf die Richtigstellung einiger Maße erfüllt hatte. Von den besseren Zeichnungen sollen noch eine Anzahl angekauft werden. Selbst eine Dame hatte den Muth gehabt, sich in ihrem Wissen und Können mit den Herren Meistern zu messen. Sie hat nun freilich den Preis nicht errungen, aber etwas hat sie geschaffen, was sicher keinem Meister gelungen wäre, nämlich, Humor nach beendigter Arbeit der Jury. Die Verlagsfirma, sowie die Mitglieder der Jury fühlen sich verpflichtet, an dieser Stelle allen denen ihren Dank auszusprechen, welche ihre Kraft einsetzten im edlen Wettstreit zur Erreichung des gesteckten Zieles: Hebung unseres Gewerbes. Wie ganz anders würde es um das Tischlergewerbe stehen, wenn alle so ausgebildet wären, daß sie in solchen Wettstreit eintreten könnten.

In kunstgewerblicher Richtung hatten recht gesuchte Kräfte an den Zeichnungen gearbeitet, aber an dem konstruktiven Theile ließ sich erkennen, daß diese Kräfte ihre Schulung nicht bei Fachleuten erhalten hatten; denn die meisten davon hatten für das so nahe liegende Gute und Praktische, Unpraktisches aus weiter Ferne geholt.

Aber auch nach einer anderen Richtung hin giebt diese Erscheinung Veranlassung zum Denken. Die Ausbildung der Gewerbtreibenden und speziell die der tektonischen Gruppe, also derjenigen, die feste Stoffe verarbeitet, scheint doch wohl nicht die richtige zu sein. Nach der künstlerischen Seite hin wird viel geleistet. Durch das viele Zeichnen und Sehen auf diesem Gebiete sind diejenigen, welche eine solche Schule durchgemacht haben, schon im Stande, Zufriedenstellendes zu komponiren; genügt dies aber für den Tischler? Sehen wir uns z. B. die jungen Tischler an, welche dergleichen Lehranstalten besuchen: mit wichtigwichtiger Miene schreiten sie einher, denn sie haben ja Dies und Das komponirt. Sind sie denn nun aber wirkliche Tischler? Bewahre, noch lange nicht, das kann ihnen nicht oft und nicht laut genug gesagt werden. Bei sehr einfachen Aufgaben, die aber konstruktiv behandelt werden müssen, da zeigt sich dieselbe Erscheinung, wie wir sie am beregten 11. Dezember gesehen haben.

Es war eine durchaus einfache Aufgabe gestellt; wenn der Tischler sich diese richtig überlegt, so kann er die Bewegung der beiden in Frage kommenden Theile ganz nach seinem Belieben regeln, der eine Theil kann sich schneller oder mehr bewegen, wie der andere, es braucht nur die Mechanik darnach angeschlagen zu werden. Zu diesem Resultat ist aber nur ein Einziger von den Herren Einsendern gekommen.

Ausstellungen.

— Die nächste große akademische Ausstellung von Werken lebender Künstler des In- und Auslandes in Berlin wird während der Monate August und September des Jahres 1887 in dem Ausstellungs-Palast am Lehrter Bahnhof stattfinden.

Industrie und Handel.

— In Folge großer Bestellungen von Torpedos, welche im Betrage von 6000000 ℳ der Schwartzkopff'schen Maschinenfabrik in Berlin Seitens der italienischen Regierung ertheilt sind, wird die genannte Aktiengesellschaft ein Zweiggeschäft in Venedig errichten. Wie verschiedene Blätter melden, will die Stadt der Gesellschaft einen Theil des Botanischen Gartens für die Neuanlage zur Verfügung.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht einen Erlaß wegen Ausgabe von 1570000 ℳ 3½ proz. Anleihescheine der Stadt Ottensen.

— Die Reichsbank hat die 4proz. Obligationen der Stadt Köln unter die lombardfähigen Papiere erster Klasse aufgenommen.

— Die Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt in Frankfurt a. M. erhöht ihr Aktienkapital von 1800000 auf 2700000 ℳ. Auf 3000 ℳ alte Aktien entfällt eine neue zu 1000 ℳ.

— Wie man aus Dortmund berichtet, ist der Preis für Trägereisen um 10 ℳ die Tonne erhöht worden.

— Die Frankf. Ztg. meldet: Eine am 7. Januar in Frankfurt a. M. stattgehabte Versammlung der Façoneisen-Konvention beschloß sofortige Erhöhung des Grundpreises von 87 auf 95 ℳ pro Tonne. Die ebendaselbst abgehaltene Versammlung der an der Stabeisen-Konvention betheiligten Walzwerke aus dem Gebiet der Saar und Mosel, aus Bayern und Hessen-Nassau erhöhte den Grundpreis für Stabeisen von 97 auf 104 ℳ pro Tonne, für Bandeisen von 104 auf 114 ℳ.

— Gerüchtweise verlautet in Breslau, daß das Zustandekommen der Oberschlesischen Konvention neuerdings wieder fraglich geworden sei; nach einzelnen Meldungen soll das Nichtzustandekommen sicher sein.

— Mitte nächster Woche sollen die 6prozentigen Vorzugsaktien der Berliner Aktien-Gesellschaft Münchner Brauhaus mit einem Aufgeld von 15 Proz. an der dortigen Börse eingeführt werden. Die alten Aktien der Gesellschaft, die bekanntlich früher Oranienburger Schloßbrauerei firmirte, notiren zur Zeit 44,80 Proz., beziehungsweise umgewandelte 79,50 Prozent.

— Die Petroleumpreise sind neuerdings gestiegen. Von Wien her wurde diese Bewegung mit Gerüchten über eine Konvention der russischen und amerikanischen Produzenten erklärt. Die jüngste hier vorliegende Nummer des amerikanischen Fachjournals Stowells Petrol. Reporter (von Ende November datirt) erklärt die damals vorliegende Preissteigerung aus der Abnahme des Wahington Field und äußert sich gerade mit Rücksicht auf die russische Konkurrenz ziemlich bedenklich betreffs einer weiteren Preissteigerung. Wir hoffen demnächst auf die hier in Betracht kommenden Verhältnisse in einer eingehenderen fachmännischen Darstellung zurückkommen zu können.

— Die Baumwollausfuhr aus dem Distrikt der Consular-Agentur Bremen nach den Vereinigten Staaten hat auch im letzten Quartal des verflossenen Jahres in erfreulicher Weise zugenommen und erreichte die Höhe von 1,031,853 ℳ 82 ₰, gegen den Export im vierten Quartal 1885 ein Plus von 316,336 ℳ 39 ₰. Während die gesammte Baumwollausfuhr im Jahre 1885 die Summe von 4,401,534 ℳ 51 ₰ erreichte, bezifferte sich dieselbe im vergangenen Jahre auf 4,946,367 ℳ 44 ₰.

Concurssachen, Zahlungsstockungen 2c.

— Concurseröffnungen. Nachlaß des verstorbenen Hammerwerksbesitzers Conrad Horlacher in Röthenbach, Gemeinde Hohenstadt (Aalen). Buschwirth Otto Probst in Uehlingen (Bonndorf). Schneidergeschäftsinhaber Friedrich August Irmscher in Chemnitz. Kaufmann Friedrich Bertram in Dessau. Handlung Simon Oppenheimer in. Cie. in Frankfurt a. M. Cigarrenfabrikant Friedrich Traub in Lahr. Nachlaß des verst. Bäckers und Mehlhändlers Anton Eder in Mühldorf. Handelsmann Salomon Ikelheimer in Mühlhausen i. E. Nachlaß des verstorb. Mühlensteinarbeiters Christian Heinrich Reinhardt in Krawikel (Ohrdruf). Handelsmann Karl Wolff II. in Mommenheim (Oppenheim). Kaufmann Carl Witteborg in Paderborn.

— Wie die „Uelz.-Krz." hört, soll die Ebstorfer Actien-Spritfabrik genöthigt sein, in den nächsten Tagen den Concurs anzumelden. Es soll sich in der Hauptsache um eine Schuld von 40000 ℳ handeln, für welche die Actionäre eine besondere Garantie ablehnten; andere Schulden sollen nicht vorhanden sein.

Schiffsverkehr.

— Hamburg, 8. Januar. Der Postdampfer „Wieland" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft hat, von New-York kommend, heute Nachmittag 3 Uhr Lizard passirt.

— Triest, 9. Januar. Der Lloyddampfer „Euterpe" ist mit der ostindischen Post heute früh aus Alexandrien hier eingetroffen.

— London, 8. Januar. Der Castle-Dampfer „Norham-Castle" ist gestern von Dartmouth auf der Ausreise abgegangen und der Castle-Dampfer „Pembroke-Castle" hat heute auf der Heimreise Madeira passirt.

— New-York, 9. Januar. Das Bremer Vollschiff „Elisabeth", Kapitän Halberstadt, welches am 22. November v. J. von Hamburg nach Baltimore abgegangen war, ist bei Kap Henry während eines Orkans und Schneesturms gestrandet. Zwei Rettungsboote, welche zur Hilfe abgegangen waren, nahmen die aus 15 Personen bestehende Mannschaft auf. Eine ungeheure Welle warf jedoch beide Rettungsboote um; die gesammte Mannschaft der „Elisabeth", sowie die aus 5 Personen bestehende Bemannung der Rettungsboote ertranken. Das Schiff ist wahrscheinlich ein vollständiges Wrack.

Marktberichte.

Magdeburg, 8 Januar. Granulated 24,25—24,50 ℳ, Krystallzucker I. —,—ℳ, Krystallzucker II. 23,00—23,20 ℳ, Kornzucker excl. 96% 20,10—20,35 ℳ, Kornzucker von 96% —,— ℳ, Kornzucker 88% Rend. 19,10—19,35 ℳ. Nachprodukte 75% Rend. 16,00—17,00 ℳ. Tendenz: Fest.

Fein Brodraffinade 26,00 ℳ, fein Brodraffinade 25,75—26,00 ℳ. Gem. Raffinade 24,25—25,25 ℳ. Gem. Melis I. 23,50 ℳ. Tendenz: Ruhig.

Kartoffelspiritus für 10,000 l% loco ohne Faß 37,20—37,50 ℳ.

Magdeburg, 8. Januar. Landweizen 161—166 ℳ, Weißweizen 160—163 ℳ, glatter englischer Weizen 152—158 ℳ Rauhweizen 146—152 ℳ, Roggen 133—136 ℳ, Chevaliergerste 160—195 ℳ, Landgerste 142—155 ℳ, Hafer 120—128 ℳ für 1000 kg.

Berlin, 8 Januar. Weizen per 1000 Kilogr. loco geschäftslos, Termine niedriger, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 152—174 ℳ nach Qualität bez., gelbe Lieferungsqualität 165 ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per April-Mai 167,50—167,75 bis 167,50 ℳ bez., per Mai-Juni 169 ℳ bez., per Juni-Juli 171 bis 171,50—171 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez. Roggen per 1000 Kilogr. loco behauptet, Termine ruhig, gekündigt 1000 Ctr., Kündigungspreis 132,0 ℳ bez., Loco 126—133 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 132 ℳ bez., russischer — ℳ bez., inländischer guter 131,00—131,5 ℳ ab Bahn bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez. per April-Mai 134,75—134,5 ℳ bez., per Juni-Juli 135,5—135,25 ℳ bez. Gerste per 1000 Kilogr. still, große und kleine 110—190 ℳ nach Qualität bez. Hafer per 1000 Kilogr. loco behauptet, Termine geschäftslos, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco 109—146 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 111 ℳ bez., pommerscher, mittel 118—121 ℳ bez., guter 122—126 ℳ bez., feiner 127—131 ℳ ab Bahn bez., preußischer mittel 118—121 ℳ bez., guter 122—126 ℳ bez., feiner 127—131 ℳ ab Bahn bez., per diesen Monat — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 112,5 ℳ nom., per Mai-Juni 114 ℳ nom., Juni-Juli 115,5 ℳ nom.. — Mais per 1000 Kilogr. loco behauptet, Termine —. get. — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco 104—118 ℳ nach Qualität bez., per diesen Monat 113 ℳ nom., per April-Mai — ℳ bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 150—200 ℳ bez., Futterwaare 125 bis 132 ℳ nach Qualität bez. — Oelsaaten per 1000 Kilogr., gekündigt — Ctr., Winterrapsen — ℳ bez., Sommerraps — ℳ bez., Winterrübsen — ℳ bez., Sommerrübsen — ℳ bez. — Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß, Termine still, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., loco ohne Faß 44,2 ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 46,5 ℳ bez., per Mai-Juni 46,7 ℳ bez. — Leinöl per 100 Kilogr. —, loco — ℳ bez., Lieferung — ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% — 10000% loco ohne Faß 37,4 ℳ bez.

Weizenmehl Nr. 00 23,50—22,00, Nr. 0 21,75—19,75 ℳ bez., feine Marken über Notiz bez., nur in billigeren Marken begehrt. — **Roggenmehl** Nr. 0 und 1 per 100 Kilogr. unverzollt incl. Sack, fest geschäftslos, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez. per diesen Monat und per Januar-Februar — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 18,25 ℳ bez., per Mai-Juni — ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez.

Leipziger Produktenbörse vom 8. Januar. Weizen per 1000 Kilogramm netto loco hiesiger 164—169 ℳ bez., fremder 200—210 ℳ nominell, Qualitäten —. Ruhig. — **Roggen** per 1000 Kilogr. netto loco hiesiger 136—140 ℳ bez., fremder 139 ℳ Br. Ruhig. — **Gerste** per 1000 Kilogramm netto loco hiesige neue 130—150 ℳ bez. u. Br., feinste über Notiz, Futtergerste 115—120 ℳ bez. — **Hafer** per 1000 Kilogramm netto loco hiesiger 118—120 ℳ bez. — **Mais** per 1000 Kilogramm netto loco alter rumänischer 120—130 ℳ bez., neuer rumänischer 110—120 ℳ bez. — **Rapskuchen** per 100 Kilogramm netto loco 11,50—12 ℳ bez. — **Rüböl** per 100 Kilogr. netto loco flüssiges 45,75 ℳ bez., 46 Br., gefrorenes 45,50 ℳ Br. Ruhig. — **Spiritus** per 10,000 Liter-Procent ohne Faß loco 37,50 ℳ bez. Etwas besser.

Liverpool, 8. Januar. **Baumwolle.** (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 B. Ruhig. — Tagesimport 19,000 B. — (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Träge. Middl. amerikanische Lieferung: Januar-Februar 5 7/32 Verkäuferpreis, Februar-März 5 7/32 do., März-April 5 7/32 Käuferpreis, April-Mai 5 11/32 do., Mai-Juni 5 9/32 Verkäuferpreis, Juni-Juli 5 5/16 do., Juli-August 5 11/32 do., August-September 5 11/32 d. do.

Börsennachrichten.

Course um 2½ Uhr. Matt. Oesterreichische Kreditaktien 483,50, Franzosen 412,00, Lombarden 165,00, Türk. Tabacksaktien 77,75, Bochumer Guß 125,12, Dortmunder St.-Pr. 70,50, Laurahütte 87,25, Berliner Handelsgesellschaft 157,00, Darmstädter Bank 139,50, Deutsche Bank 166,00, Diskonto-Kommandit 205,75, Russ. Bank 76,00, Lübeck-Büchener 159,12, Mainzer 93,87, Marienburger 41,50, Mecklenburger 155,75, Ostpreußen 65,50, Duxer 137,60, Elbethal 278,00, Galizier 82,12, Gr. Russ. Staatsbahn —,—, Nordwestbahn —,—, Gotthardbahn 98,75, Rumänier 104,40, Italiener 96,87, Oesterr. Goldrente 92,50, do. Papierrente 67,10, do. Silberrente 68,25, do. 1860er Loose 116,60, Russen alte 95,75, do. 1880er 82,87, do. 1884er 95,62, 4% Ungar. Goldrente 83,37, Russ. Noten 190,00, Russ. Orient II. 58,75, do. do. III. 58,50, Serb. Rente —,—, Neue Serb. Rente 85,00, Egypter 75,37, Mittelmeer 117,50, Buenos Ayres 85,90, Nordd. Lloyd —,—, Spanier —,—.

Deutsche Reichs-Anleihe 4% 106,50 B. 3½% 101,80 bz., Preuß. Consolid. Anleihe 4% versch. 106,20 bzG. Preuß. Consolid. Anleihe 3½% 101,90 bz. Staats-Anleihe 1868 4% 108,75 bz. Staats-Anleihe 1850, 52, 53, 62 4% 102,75 bz. Staats-Schuldscheine 3½% 100,40 B.

Wasserstand der Saale bei Halle an der Königl. Schiffsschleuse bei Trotha am 9. Januar Abends am neuen Unterbaupt 2,04, am 10. Januar Morgens am neuen Unterbaupt 2,04 Meter.

Wasserstand der Unstrut am Brückenpegel bei Straußfurt am 8. Januar + 1,23 Meter, am 9. Januar + 1,23 Meter.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg am 8. Januar am Pegel + 1,10 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 9. Januar. Die Deutsche Dampfschiffsrhederei bewilligte in ihrer gestrigen Generalversammlung für die Erbauung zweier Dampfer, um die ostindische Fahrt von einer drei- in eine zweiwöchentliche umzuwandeln, 1775000 Mark.

London, 9. Januar. „Standard" meldet aus Berlin, daß die Reise Alexander's von Battenberg außerhalb Europas auf des Kaisers Rath erfolgt ist. — „Daily Telegraph meldet aus Petersburg: „Ein neuer Thron-Candidat für Bulgarien sei in dem jungen Prinzen Yogorides in Petersburg erstanden."

Petersburg, 9. Januar. Mit Rücksicht und unter Hinweis auf die abermals in den Vordergrund getretene Candidatur des Prinzen von Battenberg hat, wie von unterrichteter Seite verlautet, Herr v. Giers die russischen Vertreter instruirt, bei den Cabineten die rasche Lösung der bulgarischen Fürstenfrage zu betreiben.

Verlag der Aktiengesellschaft „Hallische Zeitung" zu Halle.
Verantwortlich für Politik u. Feuilleton Dr. Richard Hamel, für Lokales und Provinz Dr. Ewald Schulze, beide zu Halle.

Hallischer Tages-Kalender.

Dienstag, den 11. Januar:

Königl. Universitäts-Bibliothek: (Friedrichtraße) Geöffnet bis auf Weiteres von 8—1 Vorm. In den letzten zwei Dienststunden Ausleihen von Büchern u. Abgabe derselben. — **Museum der Provinz Sachsen für heimathl. Geschichte u. Alterthumskunde:** unentgeltlich geöffnet Sonntag, Dienstag u. Donnerstag v. 11—1 Uhr in der ehemal. Residenz, Domgasse 5. **Bibliothek u. Lesezimmer der Kaiserl. Leopold.-Carol. Academie der Naturforscher**, geöffnet Nachm. von 3—6 im Gebäude der Königlichen Universitäts-Klinik am Jorplatz. — **Gerichtsschreibereien d. Kgl. Landgerichts:** Dienststunden vom Vm. 8 bis 4 Nm. u. von 3 bis 6 Abs. — **Kgl. Kreiskassen des Stadtkreises und des Saalkreises:** Dienststunden Vorm. von 8 bis 12½ u. Nachm. von 3—5. — **Standesamt:** Vorm. von 9—1 u. Nach. v. 3—5 geöffnet im Sparkassengebäude Rathhausgasse Nr. 1. Montag, Mittwoch und Sonnabend Eheschließungen. — **Städtisches Leihhaus:** Expeditionsstunden von Vorm. 8 bis Nachm. 1. — **Städtische Sparkasse:** Kassenstunden Vorm. 8—1 u. Nachmittag 3—4. — **Sparkasse f. d. Saalkreis:** Kassenstunden Vm. 9—1 u. Nm. 4—5 Sophienstr. 10. — **Spar- u. Vorschuß-Verein:** Kassenstunden Vm. 9—1 u. Nm. 3—5 Brüderstr. 6. — **Börsenversammlung:** Vorm. 7½ im Börsengebäude gr. Berlin 13. **Patentschriften-Lesezimmer:** Magdeburgerstraße Nr. 4, 1 Treppe hoch, geöffnet von 8—12 Uhr Vorm. u. von 2—6 Uhr Nachmittag. — **Volksbibliothek:** von 7—8 Uhr Abds. geöffnet im Rathhaus. — **Lehrer-Verein Halle:** 8 Uhr Abds im „Hotel garni zur Tulpe". — **Kaufmännischer Verein:** Ab. 8 Gesellschaftsabend und offene Bibliothek. — **New English Club:** Ab. 8 im „Deutschen Hof" Franckenstraße. — **Kaufmänn. Verein „Merkur":** Ab. 8 im „Reichskanzler". — **Kaufmänn. Verein „Solidis":** Ab. 8 im Restaurant „Reichskanzler." — **Arends'scher Stenographen-Verein:** Uebung u. Sitzung Abds. 8½ Uhr im Cafés Eberhardt, Spiegelgasse 13. — **Verein selbstständiger Conditoren:** Abds. 8 im Reichskanzler". — **Sang u. Klang:** Abends 8—10 Uebungsstunde im „Kronprinzen". — **Gesangsverein Arion:** Abds 8½ Uebungsstunde in Welbenhammer's Restauration. — **Gesangverein Lydia:** Abds. 8 im „Reichskanzler". — **Hallescher Zither-Club:** Abds. 8 Uhr Versammlungs-Abend bei Herrn Reße in der „Stadt Berlin, Leipzigerstraße 47. — **Rich- und Wagecamt:** großer Berlin 16a). Wochentags von 8—12 Uhr Mittags und 2—6 Uhr Abends. — **Botanischer Garten:** (gr. Wallstr. 23). Wochentags 6—12 und 1—6 Uhr. — **Städtische Anstalt für Arbeitsnachweisung.** Inspektor Merten, Arbeitsanstalt. — **Verpflegungsstation** 1. für fremde Reisende: ebendaselbst. — **Herberge zur Heimath:** Mauergasse 6b. —

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870111-14/fragment/page=0004

Beilage der Hallischen Zeitung.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 8. Januar.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: von Boetticher, Dr. von Goßler, Direktor der Sternwarte Dr. Förster u. A.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird bei Kap. 13b, Physikalisch-technische Reichsanstalt, fortgesetzt. Dasselbe wirft an Besoldungen, Wohnungsgeldzuschüssen, anderen persönlichen Ausgaben, sowie sächlichen und vermischten Ausgaben die Summe von 100 432 Mark aus. An einmaligen Ausgaben fordert Kap. 3, Tit. 8, zur Errichtung der Gebäude für die Anstalt und zur Ausstattung der Diensträume mit Möbeln als erste Rate 480 000 Mk. und Tit. 9 für die erste Ausrüstung mit Instrumenten einschließlich der Kosten für die baulichen Einrichtungen der II. Abtheilung sowie für sonstige wissenschaftliche Hilfsmittel als erste Rate 120 000 Mk.

Die Kommission beantragt an Stelle des Kap. 13b zu Besoldungen, Wohnungsgeldzuschüssen, anderen persönlichen Ausgaben, sowie zu sächlichen und vermischten Ausgaben ein Pauschale von 60 000 Mk. zu bewilligen; das Kap. 3, Tit. 8 der einmaligen Ausgabe ganz zu streichen und im Tit. 9 20 000 Mk. abzusetzen, mithin nur 100 000 Mk. zu bewilligen.

Abg. **Schrader** will nun Kap. 13b des Kommissionsvorschlags die Summe auf 75 000 Mk. erhöhen und im Kap. 3 Tit. 8 zur Errichtung der Gebäude und zur Ausstattung der Diensträume mit Möbeln erste Rate 250 000 Mk., bewilligen.

Referent Abg. Dr. **Witte** befürwortet den Antrag der Kommission mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage des Reiches, welche die Herabsetzung der geforderten Summe für dieses Jahr berechtigt erscheinen lasse, wenn auch die hohe Bedeutung des geplanten Instituts nicht zu verkennen sei. Es sei auch in der Kommission erwogen, ob die Errichtung einer solchen Anstalt nicht besser auf Landeskosten zu erfolgen habe. Doch habe sich schließlich eine Uebereinstimmung dafür ergeben, daß die Errichtung der Anstalt von Reichswegen, wenn auch vorläufig in verlangsamten Tempo, vorgenommen werde; denn die Anstalt werde nicht nur wissenschaftliche, sondern eminent praktische Zwecke verfolgen, welche vornehmlich der deutschen Industrie zu Gute kommen würden, und alle Zwecke des Instituts würden sich nur erreichen lassen, wenn eine Reichsanstalt errichtet würde.

Abg. Dr. **Schrader** (frs.): Mein Antrag geht darauf hinaus, die Bewilligung der ersten Abtheilung der physikalisch-technischen Reichsanstalt ebenfalls herbeizuführen, jedoch mit zwei Einschränkungen. Die erste bezieht sich auf die Bewilligung eines Pauschquantums für die laufenden Ausgaben und eine entsprechende Erhöhung derselben gegenüber der Kommission, die zweite auf eine Ermäßigung der Bauraten von 480 000 auf 250 000 Mk. Ich bin der Meinung, daß eine ausgedehnte wissenschaftliche Thätigkeit einer solchen Anstalt nicht möglich ist ohne diese erste Abtheilung. Die Anstalt kann sich aber nicht auf gelegentliche Zuwendungen an Material ꝛc. verlassen, sondern sie muß so gegründet sein, daß sie auf ihrer eigenen praktischen Basis arbeiten kann, und sie wird deshalb genöthigt sein, selbst eine wissenschaftliche Thätigkeit zu üben. Der Umfang derselben würde im Laufe der Zeit ziemlich erheblich werden, je nach dem Umfange, den die praktischen Arbeiten annehmen. Gesetzt man dies zu, so wird man auch die Nothwendigkeit zugestehen müssen, für genügende Räume, Instrumente und für geeignete Persönlichkeiten zu sorgen. Vielfach zeigt sich die Auffassung, als ob eine solche technische Anstalt für sich allein bestehen kann, ich meine aber, daß die enge Verbindung beider Anstalten, der technischen mit der wissenschaftlichen, durchaus aufrecht erhalten werden muß und daß wir damit auch in keiner Weise bestehenden Instituten zu nahe treten. Es ist uns in der Kommission entgegengehalten worden, daß diese Anstalt vielfach eine gleiche Aufgabe hätte, wie die Universitäten und Polytechniken. Das ist nicht der Fall. Beide haben schon Großes geleistet und werden es auch ferner thun, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Universitäten und Polytechniken an erster Stelle Lehranstalten sind und daß sie darauf ihre Lehrer und ihre Hauptthätigkeit zu verwenden haben. Auf den Polytechniken überläßt man die wissenschaftlichen Untersuchungen der freien Neigung der Professoren, während die Universitäten nicht so eingerichtet sind, um die Basis für solche technische Abtheilungen zu geben und die nöthige Muße zu gewähren. Einer großen Anzahl von Universitäten würde es garnicht möglich sein, den hier gestellten Anforderungen zu genügen. Wir wissen ja, wie schwer die kleineren und mittleren Universitäten sich auf der Höhe halten können und wie ihnen die großen Universitäten den Rang ablaufen. Die Aufgaben, welche eine solche Anstalt erfüllen soll, sind allerdings derart, daß sie eine so ausschließliche Widmung derjenigen Personen, welche sich mit diesen Arbeiten zu beschäftigen haben, erfordern, daß wir nicht erwarten können, irgend eine Universität, ausgenommen vielleicht Berlin, werde in der Lage und geneigt sein, diese große Aufgabe zu übernehmen. Es würden dazu ein von Störungen möglichst fern gelegener Ort, zahlreiche Instrumente und besonders dieser Thätigkeit dienende Persönlichkeiten nöthig sein.

Es kommt aber noch hinzu, daß es sich bei diesem wissenschaftlichen Zwecke keineswegs ausschließlich um solche Fragen handeln wird, welche rein wissenschaftlicher Natur sind, oder welche den Zwecken der Industrie dienen, sondern in großem Umfange wird die Anstalt den Aufgaben dienen, welche die Institutionen des Staates zu erfüllen haben: unsere Marine, unser Telegraphen-, das Landvermessungs-, das Militär- und Eisenbahnwesen sind in weitem Umfange abhängig von den Resultaten der Forschungen, zu welchen die physikalisch-technische Anstalt bestimmt ist.

Wenn dem so ist, so muß man auch anerkennen, daß nicht blos ein allgemeines Interesse Deutschlands bei dieser Sache vorliegt, sondern ganz speziell ein Interesse der Reichsinstitutionen, und daß es darum nothwendig ist, daß dazu eine besondere Anstalt vorhanden sein muß. Es ist uns vorgetragen worden, daß die wissenschaftlichen Untersuchungen jetzt zurückbleiben und zwar deshalb, weil sich vielleicht zufälligerweise nicht viel Personen dazu gefunden haben, vorzugsweise aber, weil denen, die sich fanden, nicht die geeigneten Materialien und Instrumente haben zur Verfügung gestellt werden können. Also auch die Männer der Wissenschaft, welche wissenschaftliche Fragen ihrerseits aufnehmen wollen, würden durch die Gründung der wissenschaftlichen Abtheilung unterstützt werden. Wenn Sie die Vorlage durchsehen, so werden Sie finden, daß die Anstalt nicht nur den Zwecken dienen soll, welche von Reichswegen beabsichtigt werden, sondern zugleich auch der freien Forschung. Es wird also auch den Universitäten, welche sich über einschlägige Fragen unterrichten wollen, dazu Gelegenheit gegeben, und es kann so von einer Konkurrenz der Anstalt mit den Universitäten wohl keine Rede sein. Ich glaube Ihnen daher mit gutem Gewissen vorschlagen zu können, auch die Bewilligung der wissenschaftlichen Anstalt zu beschließen.

Allerdings ist auch hier unsere Finanzlage geltend gemacht worden. Ich bin der letzte, welcher die Finanzlage als eine günstige ansehen wird, aber ich meine, daß wir deswegen nicht die Aufgaben, welche wichtig und in vielen Beziehungen dringend sind, zurückstellen sollen. Ich erkenne an, daß man vielleicht ein langsameres Tempo bei der Ausführung einschlagen soll, und diesem Zwecke entspricht mein Antrag. Das Pauschquantum ist in meinem Antrage erhalten geblieben, weil in der Kommission klar wurde, daß es nicht unzweckmäßig sein würde, die Frage der Organisation einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen. Die Erhöhung von 60 000 auf 75 000 Mk., welche ich vorschlage, ist damit begründet, daß es wahrscheinlich nothwendig sein wird, auch gewisse administrative Kräfte vorn vornherein dauernd anzustellen. Die ermäßigten Bauraten erklären sich daraus, daß es wünschenswerth erscheint, im nächsten Etatsjahre nicht zu große Ausgaben zu machen. Die vorgeschlagene Summe dürfte für die Errichtung eines Observatoriums ausreichen. Die übrigen Titel des Extraordinariums werden durch meine Anträge nicht berührt. Ich bitte Sie, die Anträge anzunehmen und damit zu beschließen, auch die erste Abtheilung der physikalisch-technischen Anstalt zu bewilligen.

Abg. Frhr. **v. Hertling** (Centrum): Ich kann mir von der Aufgabe, die dieser Anstalt gestellt ist, noch kein klares Bild machen. Auch die Motive sind nicht geeignet, größere Klarheit darüber zu verbreiten. Wenn die Hilfe des Reichs für Entwickelung der Wissenschaften angerufen wird, so erinnere ich daran, daß gerade die bedeutendsten Erfindungen auf den hier in Rede stehenden Gebieten von Privatleuten ausgegangen sind, die vielfach in den dürftigsten Verhältnissen lebten. Auch scheint mir der hier geforderte Apparat viel zu groß. Läge ein Reichszweck wirklich vor, so würde ich nicht nicht bedenken, der Forderung beizustimmen. Nach meiner Ueberzeugung ist dies nicht der Fall, so wie diese Anstalt hier geplant wird. Diese staatliche Organisation der Wissenschaft, wie sie beabsichtigt ist, kann ich durchaus nicht für nothwendig erachten. Was hier erreicht werden soll durch eine solche Central-Anstalt, wird besser auch ohne solches Institut erreicht. Die technischen Wissenschaften brauchen nicht centralisirt zu werden, die haben ohnehin genug vermittelnde Beziehungen durch Zeitschriften ꝛc. Anderdem wird in den Einzelstaaten sehr viel für die technischen Wissenschaften gethan. Es läßt sich jeder Einzelstaat die beste Ausstattung der betreffenden Institute an den Universitäten möglicht angelegen sein. Ich erinnere nur an die opulente Ausstattung der technischen Institute in München. Was aber an wissenschaftlichen Erfahrungen in diesen Instituten der Einzelstaaten gewonnen wird, kommt sicher auch der Allgemeinheit zu Gute. Um übrigens den Antrag des Abg. Schrader einer genaueren Prüfung zu unterziehen, empfehle ich seine Verweisung an die Budgetkommission.

Abg. **Geiser** (Soziald.): Die wissenschaftliche Abtheilung der vorgeschlagenen Anstalt wird sehr bedeutungsvolle Aufgaben zu erledigen haben, da wir in unserer physikalischen Erkenntniß noch lange nicht so weit sind, als die Laien wohl glauben. So wissen wir trotz aller Fortschritte der Wissenschaft z. B. über das Wesen der Elektrizität und des Magnetismus noch eben so wenig wie vor 20 Jahren, wo man diese Kräfte noch gar nicht nutzbar gemacht hatte; ebenso ist es sehr nothwendig, genaue Untersuchungen über die Richtigkeit der Atomentheorie anzustellen. Die wissenschaftliche Abtheilung des Instituts erscheint also als durchaus nothwendige Ergänzung desselben. Daß das Centrum das Institut nicht bewilligen will, ist kein Wunder, denn die Ultramontanen haben immer der Naturwissenschaft feindlich gegenüber gestanden. (Heiterkeit, Widerspruch im Centrum.) Wir dagegen halten es für unsere Pflicht, die Naturwissenschaften auf jede Weise zu fördern, und zwar nicht blos aus wissenschaftlichen Rücksichten, sondern auch aus praktischen, da die Bedeutung dieser Wissenschaften für Technik und Industrie von Tag zu Tag größer wird. Wenn wir daher auch sonst stets dagegen sind, der Regierung weitere Machtmittel zu gewähren, werden wir in diesem Falle nicht allein für den Antrag des Abg. Schrader stimmen, sondern wir würden auch kein Bedenken tragen, der Regierung die volle von ihr geforderte Summe zu bewilligen.

Abg. Dr. **Virchow** (frs.): Nach den bisherigen Ausführungen hätte ich auf das Wort verzichten können, wenn ich nicht noch über die Stellung des neu geplanten Instituts zu den Universitäten und höheren Schulen ein paar Worte sagen wollte. Der Gedanke, daß die neue Reichsanstalt, wenn sie ins Leben tritt, in irgend einer Form hinderlich oder nachtheilig auf die Entwickelung der Landesanstalten einwirken könnte, so daß eine Schädigung einer Universität oder eines Polytechnikums daraus hervorgehen könnte, scheint mir in der That mehr auf einer allgemeinen Befangenheit als einer wohlüberlegten Betrachtung der Verhältnisse zu beruhen. Die modernen Wissenschaften haben nie eine schnellere und bessere Entwickelung gehabt, als zu den Zeiten, wo die Konkurrenz unter den verschiedenen Forschern eine möglichst große war und Anregung gab, neue Untersuchungen auszuführen. Herrn v. Hertling gebe ich zu, daß seit einigen Dezennien die deutschen Regierungen eine nach der anderen ihrerseits in eine Art von Wettkampf getreten sind, um ihren Universitäten und technischen Anstalten diesen Konkurrenz-, ich will nicht sagen „Kampf" sondern dieses „Konkurrenz-Bündniß" soviel wie möglich zu erleichtern, um durch zweckmäßige Anstalten, reiche Mittel, große Ausstattung die sämmtlichen Universitäten und Polytechniken in Besitz solcher Einrichtungen zu setzen, daß an jeder einzelnen Anstalt unabhängig und selbstständig gearbeitet werden könnte. Ich weiß auch, daß mit wenigen Ausnahmen die Landesvertretungen ihren Regierungen ihre Hülfe dazu gewährt haben, die Ausnahmen will ich hier im Augenblick nicht bezeichnen. Was geschieht nun hier? Es geschieht ein neuer Schritt auf derselben Bahn, aber auf einer Bahn, auf welcher gewissermaßen große Aufgaben, die in Wirklichkeit nicht mehr von den einzelnen deutschen Bundesstaaten erfüllt werden können, zusammengefaßt und dem Reiche unterstellt werden sollen. Das ist bisher der allgemeine Gang gewesen, den in Deutschland die Dinge genommen haben. Wenn die Herren aus Süddeutschland mit scheelen Blicken auf Berlin sehen, so erinnere ich daran, daß das Reich der preußischen Regierung in der That schon abgenommen hat, was die preußische Regierung selbst in wohlverstandenen Interesse förderte, das Reich ihr aber später nahm, weil es Reichssache war. Warum hat man Preußen seine Staatsdruckerei genommen, warum das Aichungsamt zu einer Reichsanstalt gemacht? Das Reich braucht derartige Dinge und muß die Dinge selbständig machen können.

Eine der Seiten, welche ganz besonders hervorgetreten sind, bildet die Feststellung der elektrischen Maße; wie den Herren bekannt ist, fehlt es im Augenblick noch an der Grundlage für ein elektrisches Maßsystem. Obwohl diese Grundlage gerade hier in Berlin gefunden ist, fehlt es noch an einer ausgiebigen Methode, womit überhaupt eine Kontrole der elektrischen Maße eintreten kann. Das hat aber einen sehr großen praktischen Zweck. Wenn z. B. unser Herr Staatssekretär Stephan Kontrakte über neue elektrische Telegraphen abschließt und es sich darum handelt, die Frage zu erörtern, wie weit die Kontrakte erfüllt sind, so ist er garnicht in der Lage prüfen zu können, ob die Kontrakte in Wirklichkeit erfüllt sind. Er hat keine Methode dafür, er schließt die Kontrakte, ohne zu sehen, ob sie wirklich ausgeführt werden. Diesem Zustande wird wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus noch keine deutsche Universität Abhülfe schaffen können.

Es ist eine so allgemeine Angelegenheit, daß sie auf internationalen Kongressen behandelt ist, und wenn wir fragen, ob wir eine deutsche Anstalt gründen sollen, so erinnere ich an die andere Frage, ob wir nicht ein internationales Institut gründen sollen. Man wartet in Paris nur darauf, daß wir Nein sagen, um dann in Paris eine solche Anstalt einzurichten, und dann würden wir nur in der Lage sein, diejenigen Subsidien zu zahlen, welche uns das französische Institut auferlegt. In dieser Beziehung haben wir also positive Verpflichtungen. Zur Zeit des letzten elektrischen Kongresses, als es sich darum handelte, ob ein internationales Institut für die elektrischen Maße ebenso wie für das metrische herzustellen, hat ausdrücklich auf die Frage unserer Delegirten die deutsche Regierung dieselben dahin instruirt, gegen dieses internationale Institut zu stimmen, in Folge dessen auf dem Kongresse die Sache den einzelnen Nationen zugewiesen wurde. Wir befinden uns also gewissermaßen der Frage gegenüber: wollen wir diesem Appell, welchen die Welt sozusagen an uns gerichtet hat, nicht ebenso entsprechen, wie man es in Paris und London jetzt thut? Ja, wollen wir nicht dahin wirken, da wir in wissenschaftlicher und in Beziehung auf unsere Industrie positiven Vorsprung haben, daß möglicherweise dieses unser Institut ein Weltinstitut werden kann und als internationales anerkannt wird, das die allgemeinen Maße vorschreibt? Dieser Gedanke liegt bereits in der deutschen Wissenschaft vor und kann nur durch ein allgemeines Institut ausgefüllt werden. Wir haben ein Interesse daran, daß Deutschland auf diesem Gebiete, auf dem es Großes geleistet hat, auch durch seine Einrichtungen die wirdervolle Stellung annehmen kann, welche es sonst nach Außen hin jedem erkennbar einnimmt.

Nun könnte man sagen, diese Seite der Thätigkeit würde auch von Preußen geleistet werden können. Das will ich Herrn von Hertling zugestehen, wir würden es auch machen können, und ich darf vielleicht daran erinnern, daß die preußische Regierung in der That die Absicht hatte, in diesem Sinne vorzugehen, und daß sie schon Verhandlungen geführt hat, deren Resultate uns jetzt hier vorliegen. Als im vorigen Jahre die Sache vorbereitet wurde, und da plötzlich die schon gedruckte Etatsvorlage, die als Nachtragsetat den Landesrathe unterbreitet werden sollte, zurückgezogen wurde, ohne daß ich sagen könnte weshalb, da habe ich im preußischen Landtage unseren Minister des Unterrichts gefragt, ob unter dieser bedrohlichen Lage nicht Preußen vorgehen sollte und seinerseits die Räume im Polytechnikum, welche frei geblieben sind, um dazu benutzt zu werden, einrichten sollte, um den Anfang zu machen, bis das Reich später nachkommen würde. Das letztere ist ja geschehen, wir haben die Vorlage bekommen und ich kann nur sagen: Wenn die Herren wirklich Nein sagen und dies mit ihrem Gewissen verantworten können, der preußische Staat wird in seinen Grenzen thun, was er kann, aber er kann nicht ein Institut für Deutschland herstellen. Die preußische Regierung wie die preußische Akademie der Wissenschaften haben im Laufe der letzten Dezennien eine ganze Reihe solcher Aufgaben in die Hand genommen mit selbständig weitergeführt ohne Rücksicht auf partikulare Interessen; die Untersuchungen über eine Verbesserung in der Glasfabrikation, welche so kardinale Wichtigkeit haben, sind ganz selbständig von der preußischen Regierung ausgegangen, die Untersuchungen über das elektrische Maßwesen sind zwar in Leipzig ausgeführt worden, aber mit Mitteln, die die preußische Akademie der Wissenschaften hergegeben hatte. Noch heute sendet die preußische Akademie ihre jungen und alten Emissäre auf Forschungsreisen mit ihren Mitteln aus und fragt nicht danach, ob es ein Baier, Würtemberger oder Preuße ist. Wir dürfen aber hier nicht lagen: wenn die preußische Regierung all das gethan hat, so kann sie dies noch noch thun. Wir haben hier eine positive nationale Aufgabe vor uns, wir wollen sie in die Hand nehmen, sonst verzettelt sich die Sache, und wir wollen sie in diesem Rahmen aufrecht erhalten, der uns hier gezogen ist.

Die allgemeine Abtheilung, die am meisten Bedenken erregt, ist von dem Verfasser der Deutschrift des Etats keineswegs in dem Sinne gedacht, daß sie eine Organisation der Arbeiten auf dem physikalischen Gebiete in die Hand nehmen soll, sondern nur so gedacht, daß in Betreff solcher größeren Aufgaben, welche an den Universitäten nicht ausgeführt werden können, eine Centralstelle geschert wird. Solche Arbeiten können ja nicht so stattfinden, daß Jemand sich ein Zimmer miethet und im Geheimen Arbeiten ausführt, nun sie für sich selbst zu verwerthen; er muß gewissermaßen vor der Oeffentlichkeit seine Arbeiten machen. Wenn die Regierung die Mittel herzieht, darf er nicht für sich arbeiten, um ein Patent zu nehmen, oder Untersuchungen machen, die er nachher für sich verwerthen will. Er unterstebt vielmehr den leitenden Personen. Das ist die ganze Organisation.

Aber die großen Aufgaben, welche Helmholtz in seinen Berichten bezeichnet hat, werden Sie doch zugeben, sind keine Aufgaben, welche irgend ein Universitätsprofessor neben seiner Lehrthätigkeit in die Hand nehmen könnte; sie verlangen in ihrer Größe einen Aufwand von Zeit, den Professoren nicht haben. Ich möchte auch auf der anderen Seite hervorheben, daß, wenn Sie einen Universitätslehrer durchaus zwingen wollen, sich vorzugsweise allgemeinen Aufgaben zuzuwenden, Sie schädigend auf den allgemeinen Unterricht einwirken. In physikalischen Instituten sehen Sie der Art arbeiten, daß die jungen Leute unter der permanenten Leitung des Lehrers ihre Entwickelung machen. So wird es immer bleiben, daß die Universität die junge Mannschaft bildet und stellt, welche in der Reichsanstalt den praktischen Dienst zu leisten hat. Die praktische Heranbildung hat die Reichsanstalt nicht zu besorgen, sondern dazu sind die Universitäten und Polytechniken da. Zu diesem Sinne würde ich bitten, daß Sie diese Sachen auffassen.

Im Besonderen möchte ich noch hervorheben, ich kann mir nicht denken, daß hier im Saale Jemand ist, der nicht bei dieser Sache empfindet, ein wie großes persönliches Verdienst hier in dieser Bewilligung zugleich seine Belohnung finden soll. Es ist dies eine Art von Nationalbelohnung für Werner Siemens, aber im schönsten Sinne des Wortes. Werner Siemens, — ich darf kurz daran erinnern — ist es gewesen, der die eigentliche Entwickelung des Telegraphenwesens im praktischen Sinne möglich gemacht hat, der die Gesetze gefunden hat, wie das elektrische Messen überhaupt möglich ist, der in weiterer Entwickelung gefunden hat, was für die große Rebellion im Maschinenwesen von so hoher Bedeutung geworden ist, die Dynamo-Maschine, der in seinen Ideen über die Wirkung der Wärme die erste Grundlage dafür geliefert hat, die später sein Bruder in England bethätigte, der die unendlich fortschreitenden Verbesserungen der elektrischen Beleuchtung so entwickelt hat, daß sie das jetzige Gebiet, und zwar für die deutsche Industrie in ganz großen Theilen und für die Entwicklung der Thätigkeit derselben gewonnen hat zum Nutzen für die Beziehungen unseres Landes zur Welt draußen. (Beifall links.) In der That giebt es wenig Menschen im Vaterlande, welche in dieser Hinsicht Werner Siemens gleichgestellt werden könnten, und wenn er nun kommt und erklärt: „Dieses halte ich für die dringendste Aufgabe, wenn überhaupt die Nation den Konkurrenzkampf mit anderen siegreich bestehen soll, wenn sie zur richtigen Zeit voran kommen will, um die Möglichkeit zu haben, ihrerseits sich selbst die neuen Wege zu suchen" — wenn Werner Siemens, der in der Praxis des täglichen Lebens sehr zu Hause ist, findet, daß die ganze Zukunft auf unsere wirthschaftliche gedeihliche Entwickelung darauf begründet ist, daß wir im Stande sind, die Naturkräfte in größerer Ausdehnung als bisher zu beherrschen — denn wir werden doch anerkennen, daß diejenige Nation am meisten gedeihen muß, welche am frühesten dazu kommt, die Naturkräfte sich zu unterwerfen — wenn dem so ist, dann hat der deutsche Reichstag eigentlich nur ein Ja und Amen zu sagen, und der Anstalt, für die Siemens nebenbei noch eine so große Summe in der freigebigsten Weise herzieht, seine Zustimmung zu geben. (Beifall.) Ich möchte Sie also bitten, diese persönliche Anerkennung darin niederzulegen, daß Sie in der That dieses Monument errichten, ein Monument, das die Zeit sich und einem ihrer größten Bürger setzt und was zugleich lebendig sein wird bleiben wird und zu unseren Segen der Nation zu wirken bestimmt ist (Lebhafter Beifall links).

Abg. Frhr. **von Hertling** (Centrum): Mit dem Abg. Geiser will ich mich hier nicht weiter beschäftigen; denn seine Ausführungen über die unversöhnliche Feindschaft zwischen religiöser Ueberzeugung und wissenschaftlicher Thätigkeit geben mir dazu absolut keinen Anlaß. Ganz anders steht es selbstverständlich mit den Ausführungen des Abgeordneten Virchow. Derselbe hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich die Zwecke der hier geforderten Anstalt nicht vollkommen anerkennte. Diese Zwecke erkenne ich allerdings an; die Frage ist nur, ob mit den hier vorgeschlagenen Mitteln diese Zwecke erreicht werden können, nämlich, Deutschland zu befähigen, auch auf naturwissenschaftlichem Gebiete die Konkurrenz mit anderen Staaten aushalten zu können. Ich kann nicht finden, daß der hier vorgeschlagene Weg der richtige ist. Der Abg. Virchow sagt nun: wir thun ja hier allerdings einen neuen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870111 1-14/fragment/page=0005

Schritt, aber wir gehen nur damit auf dem allgemeinen Wege weiter, den wir bisher gegangen sind. Wir dagegen sind jedesmal bedenklich, wo es sich um neue Aufgaben für das Reich handelt, von denen wir wünschen, daß sie auch durch die Einzelstaaten vollkommen erfüllt werden können. Der Abg. Virchow hat ja das von Preußen selbst gesagt. Wäre ich Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, so würde ich unbedingt dieser Vorlage zustimmen. Auch haben mich die Ausführungen des Abg. Virchow nicht davon überzeugt, daß die hier geplante Anstalt den bereits bestehenden technischen Lehr-Anstalten nicht erheblichen Abbruch thun würden. Das ist ein wesentliches Argument gegen diese Centralanstalt. Ferner ist die Frage, ob die Aufgaben, welche das physikalisch-technische Institut lösen soll, nicht auch gelöst werden können ohne Gründung dieses großen Apparats, und ob es Aufgaben sind, welche schlechterdings das Reich lösen muß. Daß es große, schöne und wünschenswerthe Aufgaben sind und daß es auch wünschenswerth, daß diese Aufgaben in Deutschland erfüllt werden, ist richtig; aber ich bin vom wissenschaftlichen und politischen Standpunkt aus nicht überzeugt, daß wir mit der Gründung dieser Anstalt den richtigen Weg zur Lösung dieser Aufgaben beschreiten. Ich könnte damit einverstanden sein, wenn die Organisation anders gedacht wäre, wenn man einer Centralstelle, die aber nicht ausschließlich Centralinstitut wäre, gewisse Fonds zur Disposition gäbe und gewisse Aufgaben stellte mit der Verpflichtung, das Ergebniß der Untersuchungen den einzelnen Instituten zu übermitteln. Aber für die Errichtung einer Centralanstalt sehe ich einen Bedarf nicht ein.

Ich wende mich nun zu den das persönliche Gebiet beschreitenden Ausführungen des Abg. Virchow. Gerade der Mann, auf den er sich bezog, hat den Beweis geliefert, daß man in der bisherigen Weise durch Zusammenwirken wissenschaftlicher und privater Technik außerordentlich Großes leisten kann. Ich sehe gar nicht ein, weshalb das anders werden soll. Wenn es sich darum handeln sollte, diesem gewiß hochverdienten Manne eine nationale Anerkennung zu Theil werden zu lassen, so würde ich gern dazu bereit sein, aber ein solches Institut scheint mir dazu in der That nicht das geeignetste Mittel zu sein. (Beifall im Centrum.)

Minister Dr. **v. Goßler**: Wenn ich in meiner amtlichen Eigenschaft die hier in Betracht kommenden Verhältnisse überschaue, so kann ich in keiner Weise die Meinung theilen, als ob durch das hiergeplante Institut irgendwie die Aufgaben der Universitäten und technischen Hochschulen herabgedrückt werden könnten oder gar hervorragende Forscher, die an der Spitze dieser Anstalten stehen, irgendwie in ihrer wissenschaftlichen Thätigkeit, ihrer Wirksamkeit gelähmt werden würden. Man hat nach den Ausführungen des Vorredners beinahe den Eindruck, als ob die Grenzen der Wissenschaft so eng bemessen, speziell die Naturwissenschaft so eng umschrieben wäre, daß jemals Arbeitsmangel eintreten könnte. Im Gegentheil, jeder der Herren, mit denen ich die Sache erörtert habe, würde sich erleichtert und beglückt fühlen, wenn er die Sicherheit hätte, daß eine ganze Reihe von Aufgaben aus dem bisherigen Gebiet der Forschung herausgehoben werden könnte. Das ist nun selbstverständlich, daß diese Aufgaben, die dem neuen Institut gestellt werden, gewissermaßen säkulare Natur haben, daß es Aufgaben sind, die in Beziehung auf einzelne Personen, auf Zeit, auf Geldmittel von den bisher vorhandenen Instituten naturgemäß nicht erfüllt werden konnten. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß auch das am besten ausgestattete Institut unter den jetzt bestehenden Verhältnissen nicht in der Lage ist, die hier gedachten Aufgaben zu übernehmen, welche sich über eine gewisse Zeit hinaus erstrecken, und welche gewisse elementare Vorbedingungen haben. Ich darf in dieser Beziehung nur erinnern an das Moment der Erschütterungsfreiheit und der absoluten Temperaturgleichheit. Das ist so wichtig, daß die Ausführung solcher Aufgaben in Ziffern ausgedrückt in die Hunderttausende geht. Wir haben diese Erfahrung in den bisher bestehenden, mit geringen Mitteln ausgestatteten Instituten wiederholt machen können. Die in der Denkschrift genannten Aufgaben sind scheinbar so einfache, daß ein Laie kaum verstehen könnte, wie dazu so viel Forschung nöthig wäre. So aber liegt die Sache nicht. Das, was wir brauchen, sind Naturgesetze, sind Formeln, mit denen die Wissenschaft weiter arbeiten und in ihrem weiteren Verlauf ihre großen Aufgaben lösen kann. Die Uebertragung der Naturwissenschaft in Formeln auf das praktische Leben vollzieht sich bei der eminenten Vorbildung, welche in weiten Kreisen Deutschlands besteht, verhältnißmäßig leicht, aber vor allen Dingen muß der Industrie eine Formel der Wissenschaft, die ich in diesem Falle als Lehrwissenschaft bezeichnen könnte, an die Hand gegeben werden. Richtig ist, daß alle Institute, mögen sie noch so glänzend sein, als ihre erste Aufgabe die Lehrthätigkeit haben. Ich kann einen Experimentalphysiker auf die Dauer nicht von der Aufgabe entbinden, Experimentalphysik zu lehren. Es gehen aus diesen Instituten nicht blos neue Forscher hervor, sondern auch neue Lehrer, und zwar in verschiedenen Abstufungen von Lehrern, bis vielleicht erst in der dritten Stufe derjenige Lehrer erscheint, der für die allgemeine naturwissenschaftliche Bildung selbst der unteren Volksschichten zu sorgen hat. Wenn man also die Sache von allen Seiten betrachtet, so kommt man stets zu der Ueberzeugung, daß ein Reichsinstitut, wie es uns hier vorschwebt, keineswegs zu der Befürchtung Anlaß giebt, daß dadurch die Lehrthätigkeit an den bestehenden technischen Instituten leiden dürfte.

Dann möchte ich noch gleich einige Bedenken zerstreuen, welche der erste Redner bei der Vertheidigung seines Antrages hervorgehoben hat. Ich glaube, es ist ganz ungerechtfertigt, daß beide sogenannte Abtheilungen immer gewissermaßen als Gegensätze, als von einander anorganisch getrennte Institute hingestellt worden sind. Schon die ganze Entwickelung muß darauf führen, daß beide Abtheilungen, um sie so zu nennen, in der innigsten Verbindung miteinander stehen und stehen müssen. Als vor ungefähr einem Jahrzehnt die Frage auftauchte aus dem unmittelbarsten praktischen Bedürfnisse heraus, als unsere Meßkunst am Ende war mit den Mitteln, ihre großen Aufgaben zu lösen, weil die Technik außer Stande zu sein erklärte, mit dem vorhandenen Material irgend welche brauchbarere Instrumente zu fertigen, da glaubte man, daß, wenn man eine technische Versuchsanstalt einrichtete, eine Kontrolstation, mit der Aufgabe, die Materialien zu prüfen und eine praktische Konstruktion derselben herzustellen, der nöthige Anhaltspunkt gegeben sein würde. Man täuschte sich, und daraus entsprang die Nothwendigkeit, unmittelbar eine andere Abtheilung zu konstruiren, welche in der Lage war, wissenschaftliche Formeln den technischen Versuchsanstalten zu geben. Freiherr von Hertling hat selbst auf ein Institut hingewiesen, das an sich diese Erfahrung machte, auf die Normal-Aichungskommission. Diese ist genöthigt gewesen, ihre wissenschaftlichen Unterlagen aus dem Auslande zu holen oder, um korrekt zu sein, aus einer internationalen Vereinigung, der internationalen Meterkonferenz, welche jetzt ihr großes Institut in Paris hat. Es fehlt eben an einer wissenschaftlichen Abtheilung für die Normalaichungskommission. Der Abg. Virchow hat Recht, wenn er darauf hinweist, daß solche Anstalten event. durch internationale Vereinigung geschaffen werden müßten, wenn nicht die Wissenschaft überhaupt leiden soll. Es ist schon hervorgehoben worden, daß wir bei der Glasfabrikation ganz dieselben Erfahrungen gemacht haben. Wenn die preußische Regierung für diesen Zweck besondere Mittel hergegeben hat, so konnte sie es ja nur thun, weil sie sicher war, daß die hier gestellte Aufgabe, ein einwandsfreies Glas für wissenschaftliche Zwecke herzustellen, nicht blos in Form der Röhren, sondern auch der Linsen, nur gelöst werden könnte von wissenschaftlichen Forschern, welche dazu im höchsten Maße befähigt sind. Wie vollzieht sich denn solche Arbeit? Doch nur dadurch, daß sich zunächst die wissenschaftliche Abtheilung bildet, indem die damit beauftragten Forscher theoretisch mit gewissen Experimenten an die Frage herantreten, und daß erst dann, wenn auf diese Weise vorgearbeitet ist, die zweite Abtheilung in Thätigkeit tritt und die technischen Institute mit der Ausführung gewisser Instrumente beauftragt werden. Solche Aufgaben, wie sie den Herren in Jena gestellt sind, und ähnliche sind nur möglich, wenn sie sich über einen bestimmten Zeitraum erstrecken. Ueber mehrere Jahre hinaus ist sie schon erfahrungsmäßig unmöglich wegen der vielen Veränderungen, welche im Laufe der Zeit eintreten können, es verändern sich die Menschen, es verändern sich die Aufgaben. Selbst die untersten Grunduntersuchungen der Naturwissenschaft sind derartig, daß sie naturgemäß von Persönlichkeiten geführt werden müssen, die nichts anderes zu thun haben, die aus ihrem Kreise womöglich garnicht hinauskommen in Zeiträumen, die sich über Jahrzehnte hinaus erstrecken.

Man sagt der Abg. Freiherr v. Hertling sehr richtig, wir haben die Erfahrung gemacht, daß die größten naturwissenschaftlichen Wahrheiten entdeckt sind im engen Kämmerlein mit geringen Mitteln. Das ist zweifellos richtig. Aber wenn wir die Konsequenz davon ziehen, dann würde es dahin kommen, daß auch die Einzelstaaten ihre großen naturwissenschaftlichen Institute zurückschrauben und warten, bis unter Hungersnoth und Leiden große Entdeckungen zu Tage kommen. Nun liegen aber die Verhältnisse thatsächlich jetzt anders. Die Entdeckung naturwissenschaftlicher Probleme oder vielmehr die Art und Weise dieser Entdeckung ist selbst bekanntlich ein Problem, worüber philosophisch angelegte Naturforscher eingehend gehandelt haben. Aber das steht fest, daß heutzutage große Probleme nur gelöst werden können auf Grund der großartigen Beschaffung zahlreicher zweifelloser Einzelheiten. Das letzte Zusammenfassen dieser auf die praktische Seite gerichteten Erfahrungen ist in der That ein Prozeß, den wir, möchte ich sagen, schwer mit einem deutschen Wort bezeichnen können. Es ist eine Art Intuitionsprozeß, über welchen sich der Forscher, wenn man ihn fragt, selbst nicht klar wird. Erst wenn das sogen. naturwissenschaftliche Gesetz, dem zahllose Arbeiten vorausgegangen sind, in eine Formel fest gelegt ist, dann beginnen die Kontrolarbeiten, und zwar mit einer Minutiösität und Zeitdauer, wie sie heute viel mehr als früher nöthig ist. Es giebt sogar keine überlieferte Formel aus der Vorzeit, die heute einwandsfrei wäre. Bei der Ausdehnung der Technik und den ungeheuren Summen, welche in den modernen technischen Konstruktionen angelegt sind, ist es absolut nothwendig, so viel Sicherheit auf diesem Gebiete zu geben, als überhaupt möglich ist.

Dies Thema ist unerschöpflich. Aber auf eins möchte ich noch mit dem Abg. Virchow hinweisen, auf den deutschnationalen Charakter der Frage, die uns hier beschäftigt. Es ist nicht allein die Rücksicht auf den Geschenkgeber und dessen Anerbieten, das ich so hoch würdige, wie nur einer im Hause, sondern auch die ganz naturgemäße Entwicklung der Sache. Wir bilden im Reich auf dem Gebiet der Wissenschaft, des Gewerbes und der Industrie doch einen einheitlichen Interessenkreis. Es ist nicht zu verkennen, daß, wenn beispielsweise die preußische Regierung um die Grenzen ihres Landes in solchen Fragen sich wenig gekümmert hat, wir uns doch immer damit trösten müssen, es sind deutsche Brüder, welche den Vortheil davon haben. Vortheil hat von der Glasverbesserung zunächst eine optische Anstalt in Jena, und wenn es gelingt, was zu hoffen ist nach den großartigen Erfolgen, welche bisher errungen sind, Linsen zu konstruiren, die relativ sehr groß sind, wenn es gelingt, außer den zur Zeit noch in Gebrauch befindlichen Linsen so große herzustellen, daß sie für die Astronomie verwendet werden können, dann werden es nicht etwa preußische Anstalten sein, welche den Vortheil davon haben, sondern zuerst die Münchener Anstalt, die heute ein großes Stück Geld ausgeben muß, um die Gläser aus dem Auslande zu beziehen, vielleicht auch die Hamburger Anstalt, aber keine preußische. Der ganze Ideen- und Interessenkreis, in dem wir uns bewegen, weist darauf hin, daß wir mit gutem Gewissen diese Schöpfungen an das deutsche Reich anknüpfen können. Es ist ja auch nicht das erste Mal, daß Sie für wissenschaftliche Zwecke große Ausgaben bewilligt haben. Ich erinnere an die Erforschung des Erdmagnetismus und die Beobachtung des Venusdurchganges. Das sind Aufgaben, die der Lösung der Partikularstaaten nicht möglich sind. Auch ist der Gesichtspunkt nicht zu unterschätzen, daß ungeheure Betriebsverwaltungen im deutschen Reiche großes Interesse an der hier geplanten Anstalt haben, vorzugsweise die Telegraphie. Trotz deren großer Entwickelung entzieht sich doch immer noch unserer Kenntniß, was noch überhaupt auf diesem Gebiete zu leisten ist. Die unterste Grundlage der elektrischen Wissenschaft ist noch so gut wie gar nicht gegeben, wenigstens nicht mit Sicherheit.

Alle meine Ausführungen konnten nur das Interesse haben, die Besorgnisse des Freiherrn v. Hertling zu mildern. Ich bin fest überzeugt, bei ruhigerem Nachdenken wird es keinen deutschen Forscher geben, der irgendwie bekümmert sein sollte, nicht mit derselben Freiheit zu forschen, wie vorher. Ein jeder wird einsehen, daß diese Anstalt kein Hemmniß, sondern eher eine Förderung auf seinem Forschungsgebiet sein wird. Von meinem Standpunkt aus bitte ich Sie also, den Antrag der Regierung, event. den Antrag des Abg. Schrader anzunehmen. (Beifall.)

Abg. **Kalle** (nl.): Auch wir sind überzeugt, daß das geplante Institut seine großartigen Aufgaben nur erledigen kann, wenn beide Abtheilungen desselben neben einander bestehen. Der Abg. Schrader hat dies bereits ausgeführt, und ich möchte dies noch an einigen speziellen Fällen zeigen. So, wenn es sich darum handelt, Instrumente herzustellen, deren Konstruktion auch noch nicht einmal in ihren Prinzipien feststeht, wie bei Instrumenten zur Ausmessung ausströmender Gas- und Wassermengen. Da wird die technische ausführende Abtheilung die Mitwirkung der wissenschaftlichen Abtheilung durchaus nicht missen können. Es werden heutzutage eben nicht mehr Erfindungen auf dieselbe Art gemacht wie in älterer Zeit. Heute bedarf es langer Experimente, heute ist jede Erfindung der Erfolg eines langen, zielbewußten Strebens, wie sich an vielen Beispielen zeigen läßt. Darum müssen wir für die Reichsanstalt eintreten, nicht blos der Ehre des deutschen Reiches wegen, sondern auch zum Nutzen großer Kreise unserer Industrie. Ist man aber von der nationalen Bedeutung der Anstalt überzeugt, so ziehe ich daraus auch die Konsequenz, daß sie Sache des Reiches, nicht eines Einzelstaates sein muß. Ich bitte Sie daher dringend, dem Antrag des Abg. Schrader Ihre Zustimmung zu geben.

Die Diskussion wird geschlossen. In persönlicher Bemerkung erklärt

Abg. **Geiser**: Wenn der Abgeordnete von Hertling es bestreite, daß die Ultramontanen der Naturwissenschaft feindlich gegenüberständen, so kenne er kaum zwei Gelehrte, welche die katholische Kirche nicht als Ketzer verfolgt und verbrannt habe. (Unruhe im Centrum.)

Hierauf wird der Antrag des Abg. von Hertling auf Rückverweisung des Antrags Schrader an die Kommission gegen die Stimmen des Centrums und eines Theils der Konservativen abgelehnt, der Antrag des Abg. Schrader in allen seinen Punkten angenommen. Dafür stimmen die Freisinnigen, Nationalliberalen und ein Theil der Konservativen und Sozialdemokraten.

Die einmaligen Ausgaben werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amts. Kap. 5 enthält die Besoldungen der Gesandtschaften, Konsulate und der Beamten in den Schutzgebieten.

Bei Tit. 82 Konsulat in Petersburg bemerkt

Abg. Dr. **Horwitz**: Ich muß zu diesem Titel eine Frage zur Sprache bringen, nämlich die der Vollstreckbarkeit der im Auslande erlassenen gerichtlichen Erkenntnisse. Wir stehen in dieser Beziehung mit unseren Nachbarstaaten zum Theil im Vertragsverhältnisse der Wechselseitigkeit, und die juristische Literatur ist darüber einstimmig, daß eine solche Wechselseitigkeit höchst wünschenswerth ist. In Rußland wird nun neuerdings regelmäßig abgelehnt, ein hier erlassenes Erkenntniß zu vollstrecken. Ich habe mich kürzlich in einem derartigen Falle an das Konsulat in Petersburg gewendet, und dieses hat eine ausführliche und klare, aber wenig sachliche Antwort gegeben, deren Inhalt mir zu meiner Beschwerde Anlaß giebt. (Redner verliest diese Antwort.) Nicht besser sind die Verhältnisse in Bezug auf das Königreich Polen, und es bleibt schließlich unseren Kaufleuten nichts übrig, als von Prozessen in solchen Fällen zurückzutreten und die Forderung in den Schornstein zu schreiben. Es liegt auf der Hand, daß hier die wechselseitige Vollstreckung von höchstem Werthe wäre, und daß jetzt niemand auf das letzte Hilfsmittel zur Beitreibung seiner Forderung, auf den Prozeßweg, sich verlassen kann, weil das höchste Gericht, der Kassationshof, entschieden hat, daß den Gerichten darin keine Vorschriften zu machen sind. Bei dieser Sachlage und bei der Freundschaft, die zwischen beiden Staaten besteht, erscheint es mir angemessen, anzufragen, ob nicht seitens des auswärtigen Amts eine Aenderung herbeigeführt werden könnte, die unserem auswärtigen Handel sehr förderlich sein würde.

In einem anderen Falle, über den ich Beschwerde zu führen habe, handelt es sich um eine andere Klage, die aber auch für die kaufmännischen Kreise von höchster Bedeutung ist, nämlich die Langsamkeit der Klageentscheidungen. Loco-Wechselklagen sind wir an eine beschleunigte Erledigung gewöhnt, aber diese Klage, über welche ich spreche, ist im Jahre 1882 eingeleitet. In erster Instanz hat der Kläger gesiegt, aber seitdem liegt die Sache ununterbrochen beim Appellationsgericht zu Warschau. Der Kläger hat sich darüber beschwert, aber das Gericht hat erklärt, es könne sich nicht gefallen lassen, daß ihm Vorschriften gemacht würden. Endlich fügte das Gericht materiell hinzu, daß bei der großen Anzahl von Landgerichten, denen nur ein einziges Appellationsgericht gegenüberstehe, der regelmäßige Verlauf einer Sache in der Appellationsinstanz zwei Jahre dauere. Es sind aber seitdem vier Jahre vergangen in der Zwischeninstanz und der Kläger muß sich damit trösten, daß seine Sache vielleicht doch noch einmal zur Sprache kommen wird. Es ist dies eine Angelegenheit, die man nicht gut berühren kann, ohne daß es den Schein annimmt, daß man das Prozeßverfahren des Nachbarlandes kritisiren und beeinflussen wolle. Aber vielleicht ist es doch möglich, eine Abhilfe zu schaffen und das möchte ich anregen.

Staatssekretär im auswärtigen Amt **Graf von Bismarck**: Der Abg. Horwitz hat den Sachverhalt bereits hinreichend dargestellt, so daß ein paar Worte darüber genügen. Gegen die angezogene Aeußerung des russischen Kassationshofs läßt sich wohl nichts machen. Der Vorredner hat selbst bemerkt, daß eben ein Vertragsverhältniß über gegenseitige Vollstreckung mit Rußland nicht besteht, und die Sache stellt sich jetzt so dar, daß auch russische Erkenntnisse bei uns nicht vollstreckbar sind. Ein Gegenseitigkeitsvertrag mag ja nützlich sein, aber die Sache hat doch auch ihre zwei Seiten, wenn wir uns verpflichten sollten, alle Urtheile der russischen Gerichte bei uns zu vollstrecken. — Was dann die andere Angelegenheit betrifft wegen des Appellationsgerichts in Warschau, so können wir auf Ungehörigkeiten gewiß auf diplomatischem Wege eine Einwirkung ausüben, aber wir können auch nichts weiter thun, als den Weg freundschaftlicher Vorstellungen betreten, um die Interessen von Reichsangehörigen wahrzunehmen.

Der Titel wird bewilligt.

Abg. **Kayser** beantragt, die in Tit. 103—105 ausgeworfenen Summen von 60 000 Mk., 29 100 Mk. und 29 100 Mk., insgesammt 118 800 Mk. für Besoldungen der Beamten in den Schutzgebieten zu streichen. Ferner beantragt derselbe, in Kap. 2 der einmaligen Ausgaben den Tit. 4 „Zuschuß zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben in den Schutzgebieten Kamerun und Togo, sowie im südwestafrikanischen Schutzgebiet 85 000 Mk." zu streichen.

Zu dem letzteren Titel liegt ferner der Antrag der Budgetkommission vor, folgende Resolution anzunehmen:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zukünftig und zum ersten Male im Etat für das Etatsjahr 1888/89 die Einnahmen, die sich aus den Schutzgebieten ergeben, ersichtlich zu machen.

Referent Abg. v. **Strombeck** berichtet über die in der Kommission über diese Positionen gepflogenen Verhandlungen. Es war dort der Antrag gestellt, die geforderten Summen zu streichen und nur wie im vergangenen Jahre ein Pauschquantum zu bewilligen; doch wurde dieser Antrag später wieder zurückgezogen. Zu einer materiellen Erörterung der Rechtsfrage kam es nicht, in dieselbe konnte auch nicht eingetreten werden. Die hierzu gestellte Resolution soll der Entscheidung der Frage auch keineswegs vorgreifen, eine solche vielmehr nur vorbereiten.

Abg. **Kayser** (Soz.-Dem.): Die Gefahr liegt nahe, und die Verlockung ist auch groß, hier auf eine Erörterung der Kolonialpolitik einzugehen, in Rücksicht jedoch auf die ganze Geschäftslage widerstehe ich dieser Versuchung. Was die Ausgaben angeht, so bin ich gar kein grundsätzlicher Gegner der Kolonialpolitik von Haus aus gewesen. Man hatte uns wer weiß was für Erfolge versprochen, die Kalamität des Handels und der Industrie sollte dadurch beseitigt und große Absatzgebiete erschlossen werden. Man hat uns erzählt, daß selbst für alte Berliner Droschken ein besonderes Absatzgebiet gefunden sei. (Lachen.) Heute könnte man diese Dinge etwas karikirt darstellen, so groß war damals der Vortheil dargestellt, der uns erwachsen sollte; der Herr Reichskanzler sprach damals sogar von „königlichen Kaufleuten", denen wir womöglich monarchische Verehrung schuldeten, die dort ihre Faktoreien haben. Jahre sind darüber hingegangen und, wenn auch in der Kommission einer der Regierungskommissare ein überaus rosiges Bild entwarf, das ein Mitglied der Kommission bezeichnet hat als „Robinsonade", — ich wiederhole dies — als „Robinsonade", so ist doch all' das Versprochene nicht eingetroffen, Erfolge haben wir bis heute nicht gehabt. Daher stehen wir auf dem Standpunkte, wir wollen kein Geld bewilligen, bevor wir nicht sehen, welche Vortheile für die deutsche Nation hier entstehen oder entstanden sind. Ich halte es für ganz unbillig, daß man die deutsche Bevölkerung mit solchen ziemlich hohen Ausgaben belastet, um so mehr, da im Extraordinarium noch andere Summen stehen, welche für die Marine, beziehungsweise die Züchtigung der Wilden u. s. w. ausgegeben werden sollen und welche nicht gerade den Beweis dafür geliefert haben, daß wir in Deutschland im Stande sind, diese Wilden zu kultiviren. Ein evangelischer Missionar hat Ihnen ja selbst mahnend sagen müssen, doch an den Struwelpetervers zu denken: „Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er nicht ist so weiß wie Ihr!" Sie glauben immer mit Mitteln der Gewalt besser fortzukommen, durch Marine-Exkursionen und Beamte. Ich und meine Freunde stehen auf dem Standpunkte, daß die Herren Kaufleute die Kosten selbst tragen sollen, ebenso wie die einzelnen Bundesstaaten doch auch nicht verlangen dürfen, daß das Reich ihre Beamten bezahlt. Die Leute sind ja „Fürsten" unter den Kaufleuten, Millionäre, welche ganze Distrikte der ärmeren Theile Sachsens auskaufen könnten! Es giebt ja auch große Patrioten, welche die Sache durch Aktien einleiten könnten, es wäre ganz schön, einmal zu sehen, ob und wie ein Staat auf Aktien geleitet werden könnte. Nach dem allgemeinen Stande der Finanzen rechtfertigt sich eine Bewilligung also nicht. Feste Gehälter würden zudem auch die Verpflichtung zur späteren Zahlung von Pensionen involviren; abgesehen davon gehen die Beamten ähnlich wie die Kaufleute auf eigene Rechnung und Gefahr hinüber, das deutsche Volk ist doch dazu nicht da, solche Personen zu versorgen, für die man hier im Lande keine Beschäftigung hat. Ich bitte Sie daher in Gemäßheit meines Antrages, die geforderten Summen nicht zu bewilligen.

Abg. Dr. **Bamberger** (dfr.): Der Herr Vorredner hat manches gesagt, dem ich unbedingt zustimmen kann; für die Behandlung dieser Sache ist wohl heute nicht der geeignete Moment, und die gegenwärtige Stimmung angesichts der Berathung der Militärvorlage in nächster Woche läßt es wohl erklärlich erscheinen, daß für eine sonst so wichtige Sache nicht die nöthige Präsenz im Hause vorhanden ist. Ich stimme dem Herrn Vorredner darin bei, wenn er sich heute nicht auf eine ausführliche Charakteristik der Kolonialpolitik einlassen zu sollen glaubte. Ich will seinem Beispiel folgen und es ist erklärlich, daß, wenn ich mich an dieser Debatte ohne vorherige Absicht betheilige, ich keine Opposition diesem Titel entgegensetze. Ich fühle mich zwar auch heute nicht veranlaßt, unserer deutschen Kolonialpolitik zuzustimmen, ich bin ihr von der ersten Minute an aus Leibeskräften entgegengetreten, leider nicht mit Zustimmung aller Mitglieder meiner eigenen Partei, da bei einigen nicht die entschiedene Ueberzeugung von der gänzlichen Nichtigkeit der Kolonialbestrebungen herrscht; der negirende Standpunkt in dieser Politik ist durchaus nicht neu; schon in der Mitte der siebziger Jahre war das die Anschauung aller Gebildeten in Deutschland. Es wurde allgemein gesagt, daß es Deutschlands Beruf nicht sei, Kolonialpolitik zu treiben, und wenn Sie die Literatur darüber bis zum Jahre 1870 verfolgen, so werden Sie finden, daß, mit Ausnahme einiger Kolonialschwärmer, die öffentliche Meinung dieses Urtheil fällte, daß es Deutschlands Beruf nicht sei, seine Eroberungen in überseeischen Ländern zu machen, sondern es dem deutschen Handel zu überlassen, seine überseeischen Beziehungen auf kaufmännische Weise zu regeln. So war es bis zur Zeit der Samoa-Unternehmungen, da wurde die öffentliche Meinung plötzlich umgekrempelt. Ich will allerdings es nicht für einen Vorwurf erklären, wenn man seine Meinung ändert; aber ich bin meiner früheren Meinung darin treu geblieben und alle bisherigen Resultate haben mich darin bestärkt, daß die jetzigen Kolonialbestrebungen in das Nichts zurückfallen und daß sie dasselbe Schicksal wie alle älteren Kolonialbestrebungen Deutschlands haben werden. Das waren alles Kolonialträume, die in das Meer der Unendlichkeit gefallen sind. Hoffentlich werden wir, die wir in jüngeren Jahren sind, das auch mit den neuen Unternehmungen so erleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701111-14/fragment/page=0006

Das hat aber nichts damit zu thun, daß wir uns heute gegen den vorliegenden Posten nicht ablehnend verhalten, wie wir auch im vorigen Jahre für das Gebäude für den Gouverneur in Kamerun 50 000 Mk. bewilligt haben. Wir können die Konsequenzen unserer Politik nicht sämmtlich aus unseren persönlichen Anschauungen, sondern nur aus der Solidarität der Reichsgesetzgebung ziehen. Wenn wir an gewisser Stelle Einrichtungen im Namen des Reichs vorgenommen haben, so können wir uns nicht der Verpflichtung entziehen, sie zu durchzuführen, wie sie ursprünglich vorgesehen sind. Ich habe auch nicht die Gewohnheit, mich feststehenden Thatsachen entgegenzustellen. Ich konnte seiner Zeit nicht leugnen, daß eine gewisse günstige Stimmung für die Kolonialpolitik in Deutschland emporgezogen war, und wir müssen mit dieser Thatsache rechnen; ich leugne nicht, daß vor einigen Jahren in sehr großen Kreisen eine Art Schwärmerei für Kolonialpolitik herrschte. Ich will jedoch nicht behaupten, daß die ganze Nation jetzt schon durchaus kurirt ist, die Gemüther sind aber viel ruhiger geworden und auch wir können hier in ganz ruhigem Tone darüber sprechen. Wenn aber die Dinge so weiter gehen, werden die Kolonialschwärmer bald auf dem Aussterbeetat stehen. Diesen Gesundheitsprozeß der öffentlichen Meinung möchte ich durchaus nicht unterbrechen, und ich halte die 100 000 Mark oder 200 000 Mark jährlicher Ausgaben für die Kolonien durchaus nicht für schlecht angewandtes Geld, wenn das deutsche Volk dadurch am lebendigen Leibe erfährt, was hinter diesen Kolonial-Unternehmungen ist. Mögen alle Schwiegermütter und Schwiegerväter, deren Schwiegersöhne, die sonst nicht unterzubringen waren, auf vortheilhafte Anstellungen in den Kolonien rechnen, mögen alle Lehrer, welche hier keine Anstellungen finden konnten und hoffen, in Südafrika als Lehrer der Neger angestellt zu werden, mögen alle diese Kolonialschwärmer diese Erfahrung machen. Diese Lektion muß das deutsche Volk durchmachen, und bei dem gedeihlichen Verlauf, den die Dinge wieder genommen haben, habe ich auch die schönste Hoffnung, daß wir in den nächsten Jahren dieses Ziel erreichen.

Insbesondere möchte ich auf eine Frage aufmerksam machen, welche in der Kommission wohl nicht in Erwägung gezogen worden ist. Selbst in unserer Fraktion ist es gerade jetzt nicht möglich gewesen, über diese Frage so ausführlich zu verhandeln, wie sonst. Deshalb will ich auch diesmal sieben gerade sein lassen und den Posten bewilligen, wenn ich's auch nicht mit gutem Gewissen verantworten kann. Ich will besonders die Frage berücksichtigen, welches das Schicksal unserer „Musterkolonie" Angra Pequena gewesen ist. Wenn diese Frage in der Kommission nicht berücksichtigt sein sollte, so dürfte es doch nicht unpassend sein, auf die Zustände dieser Kolonie aufmerksam zu machen und zwar an der Hand der allerobjektivsten und allerunparteiischsten Berichte, besonders des Geschäftsberichts, den der Verwaltungsrath der Angra Pequena-Gesellschaft seinen Aktionären erstattet hat. Angra Pequena oder Lüderitzland ist ja der Ausgangspunkt unserer ganzen Kolonialerwerbungen gewesen, zu der Zeit, als Herr Lüderitz dem Reichskanzler das Land anbot. Der Bericht der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft besagt nun Folgendes: Das Anlagekapital beträgt 800 000 Mk. und wurde später noch erhöht. Von demselben wurden 500 000 Mk. für Lüderitzland bezahlt. Ueber den Preis ist gesagt worden, daß er als angemessen angenommen werden müsse, weil nach den Versicherungen des Verkäufers diese Summe nur die Kosten für die Untersuchung und Eroberung des Landes deckt. Was die Verhältnisse im Lande betrifft, so ist der einzige Strom, der zum Meere geht, unschiffbar. Er bewegt sich in starken Strömungen zwischen Felsen hindurch, die meisten anderen Flüsse erreichen nur selten das Meer. Nun erinnern Sie sich, daß namentlich die Bergwerke und die Ausbeutung werthvoller Metalle in der Phantasie der Kolonialschwärmer eine Rolle spielt. Wir finden in Europa immer Leute, die an die reichen Goldminen glauben, so hat auch bei der Kolonialpolitik der Glaube an die Metallschätze sein Recht gefunden. Der Geschäftsbericht sagt nun hierüber: Bezüglich des Vorkommens von Mineralien haben die Untersuchungen zu keinem verwerthbaren Resultat geführt. In Anbetracht der hohen Transportkosten und der niedrigen Preise wäre ein Anbau mit sicherem Verlust verbunden. An Trinkwasser ist großer Mangel, die wenigen Flüsse führen nur zur Regenzeit Wasser und die wenigen bekannten Wasserplätze sind salzhaltig. Die Bevölkerung ist sehr dünn gesät, und Ackerbau würde nur in ganz beschränktem Maße zu treiben sein. Mit der Viehzucht sieht es ebenso aus. Der Absatz von Vieh ist gegenwärtig kaum durchführbar, da der Transport auf den wasserarmen Straßen schwierig ist. Gebahnte Straßen für den Handelsverkehr sind nicht vorhanden, die mit 16—18 Ochsen bespannten Wagen verfolgen die Richtung, wo Wasser für die Thiere vorhanden ist. So ist der Zustand des Landes, wie er von den Besitzern geschildert wird. Zu solchen Resultaten kommt also dieses glorreiche erste Kolonialprojekt, welches mit Pauken und Trompeten seiner Zeit in Scene gesetzt worden ist. Die Finanzlage resümirt der Geschäftsbericht dahin: keine Einnahmen, nur Ausgaben! 300 000 Mk. seien noch vorhanden, und diese sind in preußischen Konsols angelegt. (Heiterkeit.) Möchten alle Kolonialunternehmungen ein solches Schicksal haben!

Ich bin der Meinung, daß ohne besonderen Grund wir den ruhigen Fortgang der Dinge nicht zu stören brauchen. Ich finde, daß es schon an und für sich grausam genug ist, wenn wir die Beamten zwingen, draußen hinaus zu gehen und ihr gutes Leben hier gegenüber einem chimärischen Dort zu verlassen. Meiner Ansicht nach kann man die Leute nicht gut genug bezahlen, da es der Europäer dort im Allgemeinen gar nicht länger als zwei Jahre aushalten kann, und wenn wir diesen keine Pensionen bewilligen wollen, dann wüßte ich nicht, wem wir sie geben sollten. Ich glaube auch nicht, daß diese Leute dem Reichssäckel schwer zur Last fallen werden, denn diese armen Leute haben gerade keinen Platz auf Langlebigkeit. Daraus möge Herr Kayser sehen, daß es keine Schwachmüthigkeit ist, wenn wir hier den Vorschlägen der Kommission zustimmen. (Beifall links.)

Referent Abg. **v. Strombeck** bemerkt, daß er, da die Mehrforderungen für die Konsulate in der Budgetkommission eingehende Würdigung gefunden, keine Veranlassung habe, noch näher hier darauf einzugehen.

Unter Ablehnung des Antrages des Abg. Kayser werden die Besoldungen der Beamten in den Schutzgebieten, ebenso die hierher gehörigen Posten des Extraordinariums bewilligt, die Resolution wird angenommen.

In den „Allgemeinen Fonds" befindet sich ein Posten von 48 000 Mk. „Zu geheimen Ausgaben."

Abg. **Kayser** beantragt, diese Position zu streichen. Die Reichsregierung habe sich trotz des in der Kommission ausgesprochenen Wunsches nicht dazu verstanden, Näheres über die Verwendung der Summe anzugeben, und da hinter Geheimnissen entweder garnichts oder Sündhaftes stecke, so seien er und seine Freunde gegen die Bewilligung.

Abg. Frhr. **v. Maltzahn-Gültz** befürwortet demgegenüber die anstandslose Bewilligung. Bei Dispositionsfonds sei es wohl üblich und hergebracht, die Ausgaben näher anzugeben, nicht aber bei geheimen Fonds. Ueberdies sei der Betrag in Rücksicht auf gleiche Positionen in den Etats anderer Länder gar nicht so erheblich.

Der Posten wird bewilligt.

In Tit. 6 der allgemeinen Fonds werden zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande und anderer zu gemeinnützigen Zwecken im Auslande bestehender vaterländischer Unternehmungen 2c. 60 000 Mk. gefordert.

Abg. Dr. **von Cuny** bedauert, daß durch die Vermehrung der Auswanderung und derjenigen Institute, welche aus diesen Fonds Beihilfe erwarten, die einzelnen Unterstützungssummen sich von Jahr zu Jahr verringern und bittet die Reichsregierung darauf Bedacht zu nehmen, den steigenden Bedürfnissen womöglich nachzukommen.

Abg. **Windthorst** ist der Ansicht, daß, so lange noch im Innern Deutschlands ein starkes Bedürfniß bestehe, die Schulen zu unterstützen, die Ausgaben für deutsche Schulen im Auslande nicht erhöht werden dürften. Außerdem müsse er doch erst bestimmtere Angaben hören, bevor er zu Mehrbewilligungen sich verstehen könne.

Abg. **v. Cuny** nennt die deutsche Schule in Konstantinopel, für welche die Herabminderung des regierungsseitig gewährten Zuschusses von 15 auf 12 000 Mark von großer Bedeutung wäre. Man solle doch nicht unterschätzen, daß bei ungenügender Unterstützung die deutschen Auswanderer für das Heimathland verloren gehen und anderen Nationalitäten zufallen.

Abg. **Windthorst** verlangt dem gegenüber zum Mindesten erst eine Erklärung der Regierung über den ganzen Dispositionsplan der Vertheilung des in Rede stehenden Fonds.

Abg. Dr. **Hammacher** konstatirt, daß die Regierung in der Kommission bereitwilligst Auskunft ertheilt habe.

Direktor im Auswärtigen Amt **Hellwig:** Die Schule in Konstantinopel hat allerdings vor einer Reihe von Jahren 15 000 Mark Subvention erhalten, dann ist sie herabgesetzt worden auf 12 000 Mk., im vorigen Jahre auf 9000 Mk. Dieser Betrag ist auch dieses Jahr gewährt worden, weil die Regierung der Ueberzeugung ist, daß dieser Zuschuß für die Schule den Verhältnissen angemessen ist.

Der Titel wird bewilligt.

Tit. 2 der einmaligen Ausgaben lautet: „Beihülfe zur Förderung der auf Erschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten Bestrebungen 150 000 Mk."

Dr. **Virchow:** Die hier geforderte Summe ist seiner Zeit zum ersten Mal in den Etat eingestellt worden, als durch Gründung der Deutschen afrikanischen Gesellschaft die Unternehmungen in wirthschaftlichem Sinn für Afrika in größerem Umfange aufgenommen wurden. Die afrikanische Gesellschaft hat dort in der That sehr großes geleistet, und der berühmte große weiße Fleck auf der Karte von Afrika zeigt uns nun ein reich bedecktes Feld. Die Summe wurde meist der afrikanischen Gesellschaft für ihre Unternehmungen in die Hand gegeben, und es war dies ganz dem Etat entsprechend. Dann sagte man, es muß ja nicht blos Afrika sein, es können auch andere Dinge gethan werden. Ich kann aber konstatiren, daß im verflossenen Etatsjahr die afrikanische Gesellschaft aus diesem Fond auch nicht einen Pfennig erhalten hat. Die Folge davon ist, daß die afrikanische Gesellschaft ihre Unternehmungen allmälig hat gänzlich einstellen müssen. Sogar diejenigen Reisenden, die draußen waren, hat sie zurückberufen müssen, und wenn Robert Flegel gebrochenen Herzens in Lagos sein thatenreiches Leben hat schließen müssen, so kann ich wohl sagen, es ist nicht zum geringsten Theil deshalb geschehen, weil das Vaterland ihn im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen hat. (Hört! hört! Bewegung.) Es wird mir schwer, das zu sagen, aber die Vernachlässigung, welche der afrikanischen Gesellschaft zu Theil geworden ist bei einer Etatsposition, die eigentlich doch für sie eingeführt wurde, erfordert doch mehr Aufklärungen, als in der Budgetkommission gegeben sind. Man hätte doch fragen müssen, was hat die Reichsregierung mit diesem Gelde im Etatsjahre gemacht? Wo es heißt „Aufschließung Central-Afrikas und anderer Länder", kann man doch nicht ganz von Afrika absehen. Man kann doch nicht nur an den Küsten arbeiten, und wenn etwas aus Afrika werden soll, so kann es doch nicht von den Küsten aus geschehen, sondern nur von Centralafrika. Meint aber die Regierung, daß die afrikanische Gesellschaft gar nichts mehr mit dieser Sache zu thun hat, dann wäre es dankenswerth, wenn wenigstens eine offene Erklärung darüber gegeben würde. Denn die afrikanische Gesellschaft, die sonst ihre Mittel hauptsächlich von der deutschen geographischen Gesellschaft bezieht, die doch vornehmlich für wissenschaftliche Zwecke bestimmt ist, ist jetzt genöthigt, einen theuren Sekretär zu halten und der könnte erspart werden. Ist eine genügende Auskunft im Augenblicke nicht möglich, so beantrage ich hiermit, diesen Titel in die Budgetkommission zurückzuverweisen, behufs Erlangung von Auskunft über die bisherige Verwendung des Geldes.

Geh. Legationsrath Dr. **Krauel:** Die Verwendung dieses Fonds hat sowohl für das laufende Etatsjahr, wie für das vergangene und zukünftige im Einvernehmen nach vorhergegangener Befragung der afrikanischen Gesellschaft stattgefunden. (Hört, hört!) Wir hatten stets den Grundsatz, daß diese Summen vorzugsweise zur Erforschung Afrikas bestimmt sind und haben uns daher stets des Einvernehmens der deutschen afrikanischen Gesellschaft versichert. Diese hat selbst geglaubt, daß die Zeit der früheren Expeditionen, wo man versuchte, von allen Seiten in Afrika einzudringen, vorüber sei, und daß man jetzt kleinere Expeditionen vornehmen und eine planmäßige Erforschung Afrikas versuchen müßte. Von diesem Grundsatze aus hat gerade die afrikanische Gesellschaft die Errichtung einer permanenten wissenschaftlichen Station angeregt. Mit Rücksicht auf diese permanente wissenschaftliche Station haben wir uns veranlaßt gesehen, für das kommende Etatsjahr 150 000 Mark zu fordern. Ueber die Verwendung der Summe im laufenden Etatsjahr kann ich keine abschließenden Mittheilungen machen, weil die Rechnungen noch nicht vorliegen. Der größte Theil der Summe wird wahrscheinlich dazu verwandt werden, einen flachgehenden Dampfer zu erbauen, welcher nach den Erklärungen der Gesellschaft für die Zwecke der Erforschung Afrikas durchaus nothwendig ist. Was dann die Erforschung Innerafrikas betrifft, so befindet sich der Doktor Zintgraf jetzt in Kamerun, allerdings an der Küste, weil man nicht gut im Innern anfangen kann. Ich glaube also, daß die afrikanische Gesellschaft nicht vernachlässigt worden ist.

Abg. Dr. **Virchow:** Ich kann demgegenüber nur bezeugen, daß die afrikanische Gesellschaft von der Verwendung dieser Summe im vergangenen Jahre keine Kenntniß hat. Ob der Reichstag sich nun für unterrichtet hält, muß ich ihm anheimgeben. Wenn die afrikanische Gesellschaft nur einmal befragt wird, so braucht sie dazu keine große Organisation zu haben und kann sich auf die einfachsten Verhältnisse zurückziehen. Ich will nicht den Verdacht aussprechen, daß das Geld nach Ostafrika gegangen ist, aber es würde mir doch große Beruhigung sein zu hören, daß das nicht geschehen ist.

Geheimer Legationsrath **Krauel:** Nach Ostafrika ist im laufenden Jahre Etatsjahre kein Pfennig gegangen. Nach der Rechnung, die mir hier vorliegt, sind im Jahre 1885/86 auf Antrag der afrikanischen Gesellschaft allerdings Expeditionen nach West-Afrika gegangen, welche die Summe von 37 000 Mk. betroffen haben.

Dem Antrag des Abg. Dr. Virchow entsprechend wird darauf der Titel an die Budgetkommission zurückgewiesen.

Der Rest des Etats wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Kleinere Sachen; Etat des Reichsschatzamts)

Schluß 5½ Uhr.

Verlag der Aktiengesellschaft Hallische Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870111-14/fragment/page=0007